

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen	1
Sektion Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongress in Kassel	6
Keine Anzeichen für ein Wiedererstarken der Religion	7
VFA-Report Lebensqualität 2006 erschienen	11
Gut gemeint ist noch lange nicht getan – Eine international vergleichende Analyse zur partnerschaftlichen Arbeitsteilung im Haushalt	12
Call for Papers: Subjektives Wohlbefinden und subjektive Indikatoren der Lebensqualität – Internationale Tagung der Sektion Soziale Indikatoren in der DGS	16
Call for Papers: 8th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies	16

Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen

Analysen zum Vergleich der Ungleichheit von Einkommen und Konsumausgaben

Analysen der materiellen Ungleichheit und relativen Armut stützen sich nicht nur in Deutschland zumeist auf das den privaten Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen. Für vergleichende Untersuchungen der Armut in der Europäischen Union hat sich eine Definition durchgesetzt, der zufolge als arm gilt, wer über weniger als 60% des durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens verfügt. Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung heißt es: „Die Höhe des Einkommens kann als zentraler Indikator für den Lebensstandard oder die Lebensqualität gelten. Auch wenn Armut eine mehrdimensionale Benachteiligung darstellt, kann von den verfügbaren Mitteln indirekt darauf geschlossen werden, welches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe gelingt“ (S. 6). Damit wird betont, dass das Interesse nicht in erster Linie der Verteilung der Einkommen an sich gilt, sondern das Einkommen als Indikator für den materiellen Lebensstandard oder gar die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe betrachtet wird. In der Fachdiskussion ist jedoch durchaus umstritten, inwiefern das Einkommen als Indikator für den Lebensstandard die erste Wahl ist. Von verschiedenen Experten werden vielmehr die Ausgaben für den Konsum als der bessere Indikator für Lebensstandard und Wohlfahrt betrachtet.¹ Vor diesem Hintergrund erscheint es für die Analyse von Ungleichheit und Armut von Bedeutung und Interesse, Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Ausgaben zu untersuchen und die Konsequenzen einkommens- und ausgabenbasierter Betrachtungen zu beleuchten.

Im Zentrum der nachfolgenden Analysen steht die Frage, wie sich die Verteilungen von Haushaltseinkommen und -ausgaben unterscheiden und welche Konsequenzen sich aus der Wahl einer einkommens- oder ausgabenbasierten Betrachtung für die Diagnose von Ausmaß, Struktur und Entwicklung der Ungleichheit und relativen Armut ergeben. Im Einzelnen wird untersucht,

- in welcher Relation Einkommen und Ausgaben zueinander stehen und wie sich ihre Verteilungen gemessen an zusammenfassenden Ungleichheitsmaßen unterscheiden und über die Zeit entwickelt haben;
- welche Implikationen eine einkommensbasierte im Vergleich zu einer ausgabenbasierten Armutsmessung für Niveaus, Trends und Strukturen der relativen Armut hat;

- welche Faktoren zur Erklärung von Differenzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten beitragen;
- wie sich die auf der Grundlage von Einkommen und Ausgaben definierten Armutspopulationen in ihrem Lebensstandard unterscheiden.

Die Datengrundlage, die für die nachfolgenden Analysen verwendet wird, sind die Mikrodatenfiles der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes aus den Jahren 1983, 1993, 1998 und 2003. Bei der EVS² handelt es sich um eine Quotenstichprobe von ca. 0,2% der privaten Haushalte; den hier vorgestellten Analysen liegen die Scientific Use Files, d.h. Substichproben zugrunde, deren Umfang im Zeitverlauf variiert (2003: 80% bzw. 42.744

Haushalte). Seit 1993 sind auch Haushalte mit ausländischen Bezugspersonen in die Erhebung einbezogen. Zu beachten ist dabei, dass die Stichprobe auf Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von bis zu 25.000 DM im Jahr 1983 sowie 35.000 DM in den Jahren 1993 und 1998 bzw. 18.000 Euro 2003 beschränkt ist, also Bezieher extrem hoher Einkommen nicht erfasst werden. Das den nachfolgenden Analysen zugrunde liegende Einkommen ist das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen, das auch als Äquivalenzeinkommen bezeichnet wird. Damit werden Haushalte unterschiedlicher Größe und Struktur vergleichbar gemacht. Als Äquivalenzskala wird die so genannte modifizierte OECD-Skala verwendet.³ Für sämtliche Analysen wurde ein Hochrechnungsfaktor verwendet, der statistische Aussagen auf der Ebene von Personen erlaubt. Das Nettoeinkommen ergibt sich nach dem der EVS zugrunde liegenden Konzept aus der Summe aller erzielten Einkünfte (inklusive Weihnachtsgeld/Urlaubsgeld etc., Einkünften aus Vermietung, Verpachtung, Vermögen – einschließlich einer unterstellten Eigentümermiete –, Sonderzahlungen und öffentlichen Zahlungen) abzüglich Steuern, Solidaritätszuschlag und Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung. Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ergibt sich aus der Summe der einzelnen monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Einnahmen aus der Auflösung und Umwandlung von Sach- und Geldvermögen sowie aus Kreditaufnahme sind nicht Bestandteil der Einkommen.

Auf der Grundlage der von den Haushalten berichteten Ausgaben für den privaten Konsum werden aus denselben Gründen und nach dem gleichen Prinzip – ebenfalls unter Verwendung der modifizierten OECD-Skala – Äquivalenzausgaben berechnet. Die Gesamtsumme der Konsumausgaben der privaten Haushalte umfasst sämtliche tatsächlich getätigten Käufe von Gütern und Dienstleistungen sowie einen fiktiven Betrag für den Wohnwert (imputed rent) im Falle selbst genutzten Wohneigentums.

Zunächst stellt sich aber die Frage, aus welchen Gründen Differenzen in der Verteilung von Einkommen und Ausgaben überhaupt zu erwarten sein könnten und inwiefern sich daraus Hypothesen über die Art der Differenzen ergeben. In der ökonomischen Literatur und der diesbezüglichen empirischen Forschung

werden vor allem die folgenden Ursachen für Differenzen zwischen den Einkommen und Ausgaben privater Haushalte sowie deren unterschiedliche Verteilung genannt:

- Einkommen und Ausgaben können prinzipiell differieren, weil Einkommen nicht für Konsumzwecke ausgegeben werden müssen, sondern auch gespart werden und Konsumausgaben andererseits auch aus anderen Quellen als dem aktuellen Einkommen finanziert werden können.
- Infolge von Prozessen des Sparens und Entsparens gelten Ausgaben im Zeitverlauf als stabiler und weniger volatil als die Einkommen (u.a. Brewer/Goodman/Leicester 2006), die vor allem, aber nicht nur im Falle von unregelmäßig erzielten Einkommen, z.B. Einkommen aus temporären Beschäftigungsverhältnissen oder auch selbständigen Tätigkeiten, stärkeren Schwankungen unterworfen sind. Die Ausgaben der Haushalte werden daher in der ökonomischen Diskussion auch als besserer Indikator für das so genannte ‚permanent income‘ angesehen. Es ist überdies anzunehmen, dass mit den geringeren zeitlichen Schwankungen auch eine gleichmäßigere Verteilung der Verbrauchsausgaben einhergeht.
- Denkbar ist zudem, dass Informationen über die Haushaltseinkommen und -ausgaben mit unterschiedlicher Präzision und Zuverlässigkeit erhoben werden und damit unterschiedliche Messfehler aufweisen. Vorliegende Studien deuten darauf hin, dass Einkommensdaten größere Messfehler aufweisen als Daten über die Ausgaben. Dies scheint insbesondere im Bereich der unteren Einkommen der Fall zu sein (Meyer/Sullivan 2003), könnte sich jedoch auch im Bereich der hohen Einkommen bestätigen; entsprechende Studien stehen unseres Wissens allerdings noch aus.
- Bestimmte Einkommen, z.B. Einkommen, die in der so genannten Schattenwirtschaft erzielt werden, oder auch Einkünfte aus privaten Transfers, werden möglicherweise in statistischen Erhebungen nicht als solche deklariert, können aber für Konsumausgaben verwendet werden und sich gegebenenfalls in Ausgabendaten niederschlagen.

Erste Aufschlüsse über Unterschiede in der Verteilung vermittelt eine Kreuztabellierung von relativen (in Prozent des Medians) Einkommens- und Ausgabenpositionen (Tabelle 1).

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass lediglich eine Minderheit – in Westdeutschland 30%, in Ostdeutschland 24% – der Personen, die sich in der untersten Einkommensposition befinden, gleichzeitig auch der niedrigsten Ausgabenklasse angehören. Das bedeutet, dass sich mehr als zwei Drittel der Westdeutschen und sogar gut drei Viertel der Ostdeutschen bei einer ausgabenbasierten Betrachtung relativ besser stellen als bei einer einkommensbasierten. Andererseits zeigt sich, dass die Mehrzahl der Personen im oberen Einkommensbereich niedrigere Ausgaben- als Einkommenspositionen einnehmen.

Einkommensschwache Haushalte geben mehr für den Konsum aus als sie an Einkommen beziehen

Diese Beobachtungen stehen im Einklang mit der seit über einem Jahrhundert bekannten Gesetzmäßigkeit einer mit steigendem Einkommen sinkenden Konsum- bzw. steigenden Sparquote: Bei einem durchschnittlichen Ausgabenanteil von 83% in Westdeutschland und 85% in Ostdeutschland geben die am stärksten wohlhabenden Haushalte im Jahr 2003 weniger als 60% (West und Ost je 58%) ihres Einkommens für Konsumzwecke aus. Überraschend ist der Befund, dass die Konsumausgaben in der Gruppe der einkommensschwächsten Haushalte sogar deren Einkommen übersteigen: Für Personen in den Haushalten mit weniger als 50% des durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens betragen die monatlichen Konsumausgaben im Jahre 2003 in Westdeutschland 116% und in Ostdeutschland sogar 120% der monatlichen Einkommen. In absoluten Zahlen beträgt diese Differenz 2003 im Durchschnitt 212 Euro in Westdeutschland und 170 Euro in Ostdeutschland. Dieses in der englischsprachigen Literatur auch als „overspending“ bezeichnete Phänomen ist für die unterste Einkommensposition in Westdeutschland – mit zunehmender Intensität – für den gesamten Zeitraum seit 1983 zu beobachten, in Ostdeutschland seit 1998.

Aufschlüsse über die Ungleichheit bzw. Konzentration einer Verteilung liefert der Gini-In-

Tabelle 1: Relative Ausgabenpositionen nach relativen Einkommenspositionen

Konsumausgaben	Einkommen											
	<50%		50-74%		75-99%		100-149%		150-199%		200+%	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
<50%	30	24	5	4	1	1	0	0	0	0	0	0
50-74%	53	58	44	48	17	18	7	6	2	2	1	1
75-99%	11	12	36	36	45	43	26	25	10	12	5	5
100-149%	4	3	12	10	31	32	50	52	48	51	27	33
150-199%	1	1	1	1	3	3	12	12	24	22	29	33
200+%	1	2	1	1	3	2	6	6	15	13	38	29
	100	100	99	100	100	99	101	101	99	100	100	101

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003

Tabelle 2: Gini-Index der Haushaltsäquivalenzeinkommen und -ausgaben

	Äquivalenzeinkommen		Äquivalenzausgaben	
	West	Ost	West	Ost
1983	0,24	–	0,23	–
1993	0,27	0,20	0,24	0,21
1998	0,27	0,22	0,27	0,25
2003	0,27	0,23	0,26	0,24

Datenbasis: EVS 1983-2003

dex als ein gebräuchliches zusammenfassendes Ungleichheitsmaß. Wie Tabelle 2 verdeutlicht, zeigt der Gini-Index für das Haushaltsäquivalenzeinkommen wie auch für die Haushaltsäquivalenzausgaben in Westdeutschland zwischen 1983 und 2003 eine zunächst zunehmende und dann auf konstant hohem Niveau verbleibende Ungleichheit an.⁴

Die Konsumausgaben sind fast ausnahmslos etwas weniger ungleich verteilt als die Einkommen. In Ostdeutschland ist der Gini-Index zwischen 1993 und 1998 sowohl für die Haushaltseinkommen als auch für die Haushaltsausgaben gestiegen und ist danach wieder etwas gesunken. Aber entgegen der Erwartung – und anders als in Westdeutschland – übersteigt das Ausmaß der Ungleichheit der Ausgaben in Ostdeutschland das der Einkommen in jedem der drei Beobachtungsjahre. Dies dürfte vor allem darin begründet sein, dass die Einkommensungleichheit in den ostdeutschen Bundesländern – vor allem bedingt durch die hohen Anteile von Transfereinkommen im Beobachtungszeitraum – im Vergleich zu Westdeutschland nach wie vor ungewöhnlich niedrig ausfällt.

Um einen detaillierteren Einblick in den unteren Bereich der Verteilung zu gewinnen, bietet sich die Betrachtung von relativen Armutsquoten und Armutsrisiken an. Dazu wurden sowohl einkommens- als auch ausgabenbasierte Armutsquoten bzw. Armutsrisikoquoten mit zwei alternativen Armutsgrenzen (<60% bzw. <50% des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen) berechnet. Grafik 1 stellt den Verlauf der Armutsquoten über den Zeitraum von 1983 bis 2003 in Westdeutschland sowie 1993 bis 2003 in Ostdeutschland dar.⁵

Deutliche Diskrepanzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten

Ohne an dieser Stelle auf die Ergebnisse in allen Einzelheiten eingehen zu können, verdeutlicht die Darstellung, dass einkommens- und ausgabenbasierte Ansätze der Armutsmessung offenkundig zu unterschiedlichen Befunden nicht nur des Armutsniveaus, sondern auch der Armutsentwicklung kommen.

Die auf der Basis der Haushaltseinkommen berechneten Armutsquoten⁶ indizieren fast durchgängig ein höheres Armutsniveau als Armutsquoten, die auf der Grundlage der Konsumausgaben der Haushalte berechnet werden. Die an einer Armutsgrenze von 50%

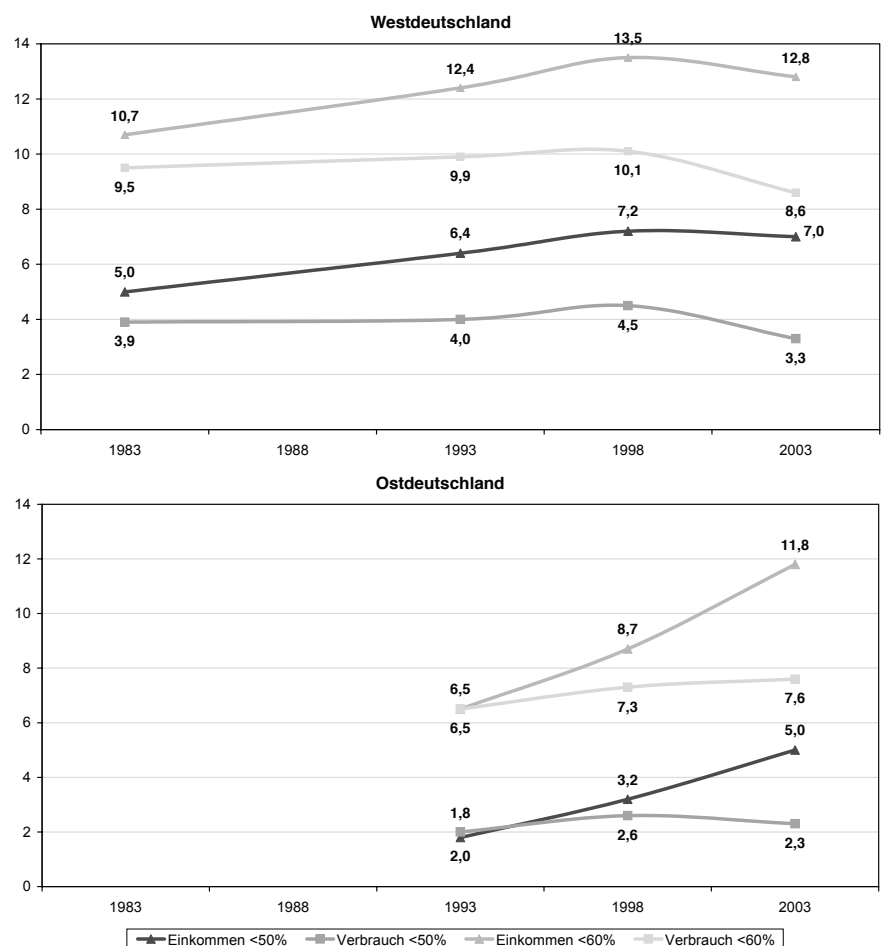
des Medians gemessenen Armutsquoten, auf die wir uns im Folgenden konzentrieren, erreichen bei einer einkommensbasierten Betrachtung im Jahre 2003 ein Niveau, das etwa doppelt so hoch ist wie bei einer ausgabenbasierten Betrachtung. Das gilt für die westlichen und östlichen Bundesländer gleichermaßen. Dabei hat sich die Differenz zwischen den einkommens- und ausgabenbasierten Quoten – in Ostdeutschland noch ausgeprägter als im Westen – im Zeitverlauf deutlich vergrößert. Bemerkenswert ist dabei insbesondere, dass der Befund einer über die Zeit tendenziell zunehmenden Armut, der sich auf der Basis von einkommensbasierten Armutsquoten ergibt, bei einer ausgabenbasierten Betrachtung nicht bestätigt wird.

Drastische Differenzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten

ergeben sich insbesondere auch bei der Betrachtung gruppenspezifischer Armutsrisiken (Grafik 2). Während z.B. die Armutsquote (<50% des Medians) der Sozialhilfeempfänger bei einer einkommensbezogenen Betrachtung in Westdeutschland im Jahre 2003 65% (Ostdeutschland: 49%) betrug, ergibt sich bei einer ausgabenbezogenen Betrachtung eine weit darunter liegende Quote von 28% (Ostdeutschland: 24%). Für Arbeitslose betragen die entsprechenden Quoten in Westdeutschland 40% (Einkommensarmut) und 17% (Ausgabenarmut), in Ostdeutschland 23% bzw. 8%. Ähnlich ausgeprägte Differenzen ergeben sich auch bei anderen Merkmalen, wie z.B. Alter und Familientyp. Dabei übertreffen die einkommensbasierten Armutsquoten die ausgabenbasierten praktisch ausnahmslos und erreichen teilweise das zweifache oder gar dreifache Niveau, wobei die Differenzen allerdings je nach Merkmal und Personengruppe variieren.

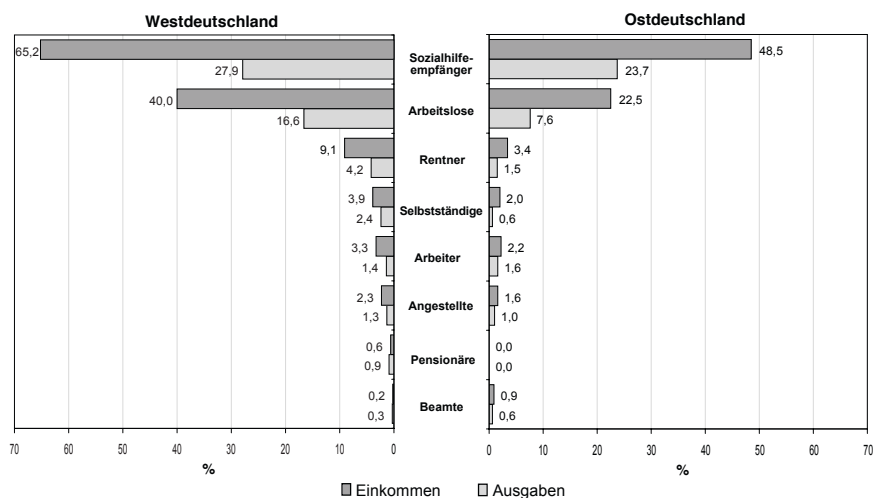
Wie sind die gefundenen Diskrepanzen zwischen den einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten zu erklären? Unseres Erachtens kommen prinzipiell drei Möglichkeiten als Erklärung für den Befund einer die Ausgabenarmut übersteigenden Einkommensarmut und die empirische Tatsache in Betracht, dass beachtliche Anteile – nämlich mehr als die

Grafik 1: Armutsquoten (<50% und <60% Median; modifizierte OECD-Skala) basierend auf Einkommen und Verbrauch, 1983-2003



Datenbasis: EVS 1983-2003

Grafik 2: Einkommens- vs. ausgabenbasierte Armutsquoten (50% Median, modifizierte OECD-Skala) nach sozialer Position, 2003



Datenbasis: EVS 2003

Hälfte – der „Einkommensarmen“ in Ost und West ihren Lebensstandard durch Ausgaben zu verbessern vermögen, die nicht aus den laufenden Einkommen bestritten werden:

- Haushalte finanzieren die ihr Einkommen übersteigenden Ausgaben, indem sie sich verschulden;
- Haushalte bestreiten Teile ihrer Konsumausgaben aus Ersparnissen;
- Haushalte finanzieren Teile ihrer Ausgaben aus nicht deklarierten Einkommen, z.B. Einkommen aus der Schattenwirtschaft oder auch privaten Transfers.

Während die zuletzt genannte Möglichkeit auf der Grundlage der hier verwendeten Daten der EVS nicht überprüft werden kann, stehen Informationen zur Verschuldung und zu den Ersparnissen der Haushalte zur Verfügung, die mindestens indirekte Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zulassen.

Die Befunde der dazu angestellten Analysen verdeutlichen zunächst, dass die von den „Einkommensarmen“ berichteten finanziellen Einnahmen, die aus Vermögensumwandlungen und der Aufnahme von Krediten resultieren, im Jahre 2003 in Westdeutschland nahezu das siebenfache und in Ostdeutschland das vierfache der entsprechenden Einkünfte der „Ausgabenarmen“ betragen. Dieses Resultat kann als ein Indiz dafür gewertet werden, dass sich „Einkommensarme“ in deutlich größerem Umfang als „Ausgabenarme“ ausgabefähige liquide Mittel verschaffen, die nicht dem laufenden Einkommen entstammen. Darüber hinaus zeigt sich, dass die aus Vermögensumwandlungen und der Aufnahme von Krediten entstammenden Ressourcen bei „Einkommensarmen“, deren Ausgaben ihr reguläres Einkommen übersteigt (overspenders), in Westdeutschland drei Mal und in Ostdeutschland sogar 12 Mal so hoch sind wie bei „Einkommensarmen“, für die das nicht zutrifft.

„Overspending“ beruht überwiegend auf dem Aufbrauchen von Ersparnissen

Aus unseren Analysen geht zudem hervor, dass nur ein kleinerer Teil des gesamten „overspending“ in der Gruppe der „Einkommensarmen“ durch die Aufnahme von Krediten bzw. Verschuldung finanziert wird. Der Befund, dass ca. drei Viertel der berichteten Einkünfte aus Vermögensumwandlungen und Krediten auf Einkünfte aus Vermögensumwandlungen entfällt, lässt vielmehr darauf schließen, dass der weitaus größte Teil der die laufenden monatlichen Einkommen übersteigenden Ausgaben aus früheren Ersparnissen bestritten wird. Soweit von diesem Personenkreis Kredite in Anspruch genommen werden, handelt es sich überwiegend um Kontoüberziehungskredite. Der Verzehr vorhandener Ersparnisse bzw. die Auflösung vorhandener Vermögenswerte spielen demnach offenbar eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, das „overspending“ von einkommensschwachen Haushalten und damit auch Diskrepanzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten aufzuklären.

Damit ist auch die Frage aufgeworfen, inwieweit sich „Einkommensarme“ und „Ausgabenarme“ in ihrem realisierten materiellen Lebensstandard – als der sozialpolitisch letztlich vor allem interessierenden Zielgröße – unterscheiden. Sind es die Bezieher niedriger Einkommen oder die Personen mit geringen Ausgaben, die in dieser Hinsicht „ärmer“ sind?

Tabelle 3 enthält eine Reihe von im Rahmen der EVS verfügbaren Indikatoren des materiellen Lebensstandards und vergleicht die Werte von drei verschiedenen Armutspopulationen: den „Einkommensarmen“, den „Ausgabenarmen“ sowie der sehr kleinen Gruppe (West: 2,1%, Ost: 1,2%) von Personen, die sowohl einkommens- als auch ausgabenarm sind. Zum Vergleich werden zudem auch die Werte für die große Majorität der Bevölkerung ausgewiesen, die weder einkommensarm noch ausgabenarm ist.

Mehr als die Hälfte der Einkommensarmen verbessern Lebensstandard durch ‚overspending‘

Auffällig ist zunächst, dass die „Einkommensarmen“ im Vergleich zu den „Ausgabenarmen“ zwar eine niedrigere relative Einkommensposition, aber eine deutlich höhere relative Ausgabenposition erreichen und auch in absoluten Größen mehr für den Konsum ausgeben: Bei den monatlichen Äquivalenzausgaben beträgt die Differenz in Westdeutschland immerhin 264 Euro (Ostdeutschland: 244 Euro), bei den tatsächlichen Ausgaben 351 Euro in Westdeutschland und 210 Euro in Ostdeutschland. Zurückzuführen ist das relativ zu den Einkommen vergleichsweise hohe Ausgabenniveau der „Einkommensarmen“ auf den enorm hohen Anteil von mehr als 50% „overspenders“ in dieser Population. Man kann diese Befunde einerseits als Hinweis darauf betrachten, dass die laufenden Einkommen den Bedarf dieser Haushalte nicht zu decken vermögen; die Ergebnisse zeigen aber zugleich auch, dass ein Teil der „Einkommensarmen“ – mindestens für eine gewisse Zeit – über Reserven verfügen, die es ihnen erlauben, ihre Einkommensmisere zu überbrücken und das Niveau ihres Lebensstandards aufzubessern.⁷

Bei einem im Vergleich zu den „Einkommensarmen“ deutlich niedrigeren Ausgabeniveau verfügen die „Ausgabenarmen“ nicht nur über höhere Einkommen und Ersparnisse, sondern sind auch zu größeren Anteilen Haus- bzw. Wohnungseigentümer. Bezüglich der übrigen – meist den Besitz langlebiger Gebrauchsgüter betreffenden – Indikatoren, sind die Differenzen zwischen den Populationen der Einkommens- und Ausgabenarmen gering und es zeichnet sich keine eindeutige Schlechter- oder Besserstellung der einen oder anderen Gruppe ab. Berücksichtigt man die besseren Einkommens- und Vermögensverhältnisse der „Ausgabenarmen“ deuten die Befunde zudem auf einen sparsameren Lebensstil dieses im Durchschnitt auch etwas älteren Personenkreises hin.

Wie nicht anders zu erwarten, weist die Gruppe der sowohl „Einkommens-“ als auch „Ausgabenarmen“ den mit Abstand niedrigsten Lebensstandard auf und ist – wie an den Indikatorwerten abzulesen – in vielfacher Hinsicht depriviert. Im Unterschied zu den „Einkommensarmen“ fehlen den Personen, die in diese Armutskategorie fallen, in der Regel offensichtlich auch die Reserven, die es ihnen erlauben würden, mehr auszugeben als das geringe laufende Einkommen zulässt, oder früher einmal vorhandene Reserven sind bereits aufgebraucht. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich hier um einen Personenkreis handelt, der nicht nur vorübergehend in eine prekäre finanzielle Lage geraten ist, sondern bereits über längere Zeit in der Armut verharret.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass einkommens- und ausgabenbasierte Analysen offensichtlich zu unterschiedlichen Diagnosen von Ungleichheit und Armut führen. Das gilt

nicht nur für Ausmaß und Niveau, sondern auch für Strukturen und Entwicklungstrends. Die Befunde haben verdeutlicht, dass eine sich ausschließlich auf das Einkommen stützende Betrachtung nur ein unvollständiges Bild von Ungleichheit und Armut zu zeichnen vermag und die ergänzende Berücksichtigung der Ausgabenseite Informationsgewinne mit sich bringt, die auch sozialpolitisch von Interesse sind. So wird erst aus der Gegenüberstellung von Einkommen und Ausgaben ersichtlich, in welchem Verhältnis vorhandene Ressourcen und der tatsächliche Lebensunterhalt der Haushalte stehen, ob und wie sie ihren Bedarf mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen aus den laufenden Einkommen und anderen Quellen zu decken vermögen und wo es diesbezüglich zu besonderen Diskrepanzen und Defiziten kommt. Auch wenn die Analysen gezeigt haben, dass eine ausgabenbezogene Betrachtung die gesellschaftliche Realität von Ungleichheit und Armut in einem milderen Licht erscheinen lässt, weil manche Haushalte ihre Einkommensarmut vorübergehend teilweise zu kompensieren vermögen, gibt

dies kaum Anlass zur Entwarnung oder gar Verharmlosung. Ob und in welchem Umfang die Haushalte über Reserven verfügen, auf die sie in einer Notlage zurückgreifen können, und wie lange sie davon gegebenenfalls zu zehren vermögen, wird nicht zuletzt auch von den institutionellen Rahmenbedingungen beeinflusst. Man kann vermuten, dass dieses in der Vergangenheit offenbar vorhandene Potenzial durch die bereits umgesetzten Reformen der sozialen Sicherungssysteme eher vermindert als gefördert wird. Insgesamt geben die dargelegten Befunde Anlass, die bisher in der Armutsforschung und -berichterstattung vorherrschende einkommensbasierte Betrachtungsweise zukünftig durch eine ausgabenbasierte zu ergänzen, denn – so Sabelhaus und Schneider (1997: 173) – „income is only part of the story about economic well-being“.

1 Vgl. u.a.: „On a standard of living approach, it may appear self-evident that consumption should be the variable studied“ (Atkinson 1998); „Consumption can be argued to be a more relevant measure when one is interested

in assessing standards or levels of living (Zaidi/de Vos 2001); „Consumption provides a more accurate indicator of welfare, and its substitution for income leads to dramatically different conclusions“ (Slesnick 2001).

- 2 Zu weitergehenden Informationen vgl. Statistisches Bundesamt 2005.
- 3 Die modifizierte OECD-Skala sieht folgende Gewichtung vor: 1. Person im Haushalt »1«, weitere Personen unter 14 Jahre »0,3«, weitere Personen ab 14 Jahre »0,5«.
- 4 Die im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen auf der gleichen Datengrundlage etwas höheren Werte des Gini-Index sind vermutlich auf die Verwendung unterschiedlicher Einkommenskonzepte zurückzuführen. So wird z.B. für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ein „laufend verfügbares Einkommen“ verwendet, das sich errechnet, indem bestimmte Beträge (insbesondere freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung und Steuerrückzahlungen) vom Haushaltsnettoeinkommen subtrahiert werden. Für eine vergleichende Betrachtung von Haushaltseinkommen und –ausgaben ist das Haushaltsnettoeinkommen unseres Erachtens jedoch vorzuziehen.
- 5 Wegen der Betrachtung längerfristiger zeitlicher Verläufe beziehen sich die Armutsgrenzen in diesem Beitrag auf die jeweiligen Verteilungen in West- und Ostdeutschland. Die Medianwerte belaufen sich für das Haushaltsnettoeinkommen im Jahre 2003 auf 1.725 Euro in Westdeutschland und 1.429 Euro in Ostdeutschland sowie für die Konsumausgaben auf 1.291 Euro in Westdeutschland und 1.097 Euro in Ostdeutschland.
- 6 Die hier berichteten einkommensbasierten Armutsquoten sind wegen der Unterschiede in den verwendeten Einkommenskonzepten mit anderenorts – z.B. im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – veröffentlichten Quoten nicht voll vergleichbar. Es ist zudem zu berücksichtigen, dass sich die hier berichteten Quoten – anders als im 2. Armuts- und Reichtumsbericht, dem die Angaben für das 1. Halbjahr 1998 und 2003 zugrunde liegen – jeweils auf das gesamte Jahr beziehen.
- 7 Aus Längsschnittanalysen ist bekannt, dass der größte Teil der Einkommensarmut eher kurzfristiger Natur ist (vgl. z.B. Biewen 2003).

Atkinson, Antony B., 1998: Poverty in Europe. Blackwell: Oxford.
 Biewen, Martin, 2003: Who are the chronic poor? Evidence on the extent and the composition of chronic poverty in Germany. DIW Discussion Paper 350. Berlin.
 Brewer, Mike, Goodman, Alissa, Leicester, Andrew, 2006: Household spending in Britain. What can it teach us about poverty? London: The Institute for Fiscal Studies.
 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), 2005: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Köln: Verlag Bundesanzeiger.

Tabelle 3: Soziodemografische Merkmale und Indikatoren des Lebensstandards nach Armutstyp

	Nicht arm		Arm Einkommen (<50%)		Arm Ausgaben (<50%)		Arm Einkommen und Ausgaben (<50%)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
% Personen	91,8	94,0	7,0	5,0	3,3	2,3	2,1	1,2
Ø Alter der Bezugsperson	50	50	46	43	48	44	46	43
Relative Einkommensposition (% Median)	120	113	40	43	50	55	38	41
Relative Ausgabenposition (% Median)	121	116	63	67	43	45	42	45
Monatliche Ausgaben in Euro	2.747	2.206	1.276	1.062	925	852	839	775
% Overspenders	17	19	55	56	12	7	19	12
Geldvermögen in Euro	35.794	21.173	10.001	6.021	13.205	6.826	5.749	2.838
Haus- /Wohnungseigentümer %	60	42	9	3	17	9	6	1
Wohnfläche pro Person qm	46	37	36	35	33	28	33	30
Zentralheizung %	93	96	87	90	86	88	85	82
PKW-Besitz %	90	85	51	48	50	54	38	38
Darunter gekauft als Neuwagen %	42	41	12	9	13	15	7	7
Besitz eines PC %	75	70	57	55	52	54	50	42
Internetzugang %	62	54	41	36	34	27	32	22
Besitz Gefrierschrank, -truhe %	80	66	51	36	52	35	44	26
Besitz Geschirrspülmaschine %	74	58	36	22	33	25	26	13
Besitz Mobiltelefon %	81	81	67	66	65	65	65	59

Datenbasis: EVS 2003

Meyer, Bruce D., Sullivan, James X., 2003: Measuring the Well-Being of the Poor Using Income and Consumption. NBER Working Paper no. 9760. Cambridge.

Sabelhaus, John, Schneider, Ulrike, 1997: Measuring the distribution of well-being: why income and consumption give different answers. *Konjunkturpolitik* 43: 153-176.

Slesnick, Daniel T., 2001: Consumption and

Social Welfare. Living standards and their distribution in the United States. Cambridge: Cambridge University Press.

Statistisches Bundesamt, 2005: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe - Aufgabe, Methode und Durchführung der EVS. Fachserie 15, Heft 7. Wiesbaden.

Zaidi, Asghar M., de Vos, Klaas, 2001: Trends in consumption-based poverty and

inequality in the European Union during the 1980s. *Journal of Population Economics*, 14: 367 – 390.

■ **Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, ZUMA**

Tel.: 0621/1246-241 und -245
noll@zuma-mannheim.de
weick@zuma-mannheim.de

Sektion Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongress in Kassel

Der 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie fand vom 9. bis 13. Oktober 2006 in Kassel statt. In der ersten von zwei Veranstaltungen der Sektion Soziale Indikatoren wurden Fragen des Zusammenhangs von Lebensqualität und demografischem Wandel im nationalen und internationalen Maßstab thematisiert.

Nach der Begrüßung durch den Sektionssprecher Heinz-Herbert Noll (ZUMA Mannheim) wurde die Veranstaltung durch Changcheng Zhou aus dem diesjährigen Gastland China (Universität Wuhan) eröffnet. Zhou zeigte anhand ausgewählter Indikatoren, wie sehr sich die Lebensqualität in China in den letzten Jahren verbessert hat. Zugleich wies er auf die enormen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten hin.

Nicole Burzan (Universität Dortmund) trug über die Einbindung von Familien mit und ohne Kinder in zentrale gesellschaftliche Teilsysteme (Freizeit, Gesundheit, Wissenschaft) vor. Während Lebenslagen einen signifikanten Effekt auf Inklusionsprofile haben, unterscheidet sich der Inklusionsgrad zwischen Paaren mit und ohne Kinder nicht wesentlich voneinander.

Im anschließenden Vortrag gingen Jürgen Schupp (DIW Berlin) und Wolfgang Voges (Universität Bremen) der Frage nach, ob mit zunehmendem Alter das Risiko sozialer Isolation steigt. Gegenwärtig finden sich unter den Älteren 5-10%, denen jegliche Einbindung in familiäre oder andere soziale Netzwerke fehlt.

Im Zentrum der europäisch vergleichenden Untersuchung von Petra Böhnke und Ulrich Kohler (beide WZB Berlin) stand die Lebenszufriedenheit in verschiedenen Altersgruppen. Individuelle sozio-ökonomische Aspekte und Gesundheitsfaktoren erklären zum Teil die unterschiedlichen Effekte des Alters auf die Lebenszufriedenheit.

Im vorletzten Beitrag berichtete Jörg Dittmann (ZUMA Mannheim) über Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentliche

Sicherheit. Alleine durch die Alterung der Gesellschaft ist zukünftig ein nennenswerter Rückgang der Straftaten und damit eine Zunahme der öffentlichen Sicherheit zu erwarten. Da die Furcht vor Kriminalität bei älteren Menschen ausgeprägter ist, bewirken die demografischen Veränderungen jedoch keinen Anstieg des Sicherheitsgefühls.

Im abschließenden Vortrag der Veranstaltung stellte Annette Spellerberg (TU Kaiserslautern) Ergebnisse einer Studie über Wahrnehmung und Folgen der Alterung und des Bevölkerungsrückgangs im Saarland vor und berichtete über Maßnahmen, die in saarländischen Städten und Gemeinden zur Sicherung von Lebensqualität ergriffen werden.

In der zweiten Veranstaltung wurden aktuelle Forschungen aus dem Bereich der Sozialberichterstattung, Soziale Indikatoren und Lebensqualität vorgestellt. Wolfgang Glatzer und Roland Bieräugel (Universität Frankfurt) berichteten aus einem laufenden Projekt über die Akzeptanz sozialpolitischer Veränderungsprozesse in der Bevölkerung (siehe ISI 36). Der Sozialstaat als Instrument der umfassenden Absicherung von Lebensrisiken genießt nach wie vor eine hohe Wertschätzung in der Bevölkerung. Eine aktivierende Sozialpolitik in Form größerer Eigenverantwortung findet nur dann Zustimmung, wenn keine konkrete finanzielle Belastung droht.

Nachdem Yuan Hao und Hilje Brockmann (Graduate School of Social Sciences, Bremen) über unterschiedliche Einflusstärken von ökonomischen und sozialen Faktoren für subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland und China berichtet haben, trug Stefan Weick (ZUMA Mannheim) über die Hilfe- und Pflegebedürftigkeit älterer Menschen vor. Neben der objektiven Situation von pflegebedürftigen Menschen wurde der Frage nachgegangen, wie sich das subjektive Wohlbefinden nach Eintritt von Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit im Lebensverlauf verändert. Die Analysen mit Daten des SOEP verdeutlichen, dass das Auftreten von Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit

im Lebensverlauf mit deutlichen Zufriedenheitseinbußen einhergeht.

Über die Wahrnehmung von Wohlfahrtsgeinnen und -defiziten von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Einführung des SGB II berichteten Juliane Achatz und Claudia Wenzig (IAB Nürnberg). Unter den Leistungsempfängern und ehemaligen Arbeitslosenhilfebeziehern wird die Einführung des SGB II vor allem bei Frauen und Älteren sowie bei Personen mit geringer Berufsqualifikation als Statusabwertung wahrgenommen.

Im Vortrag von Marcel Erlinghagen (IAT Gelsenkirchen) wurde die subjektiv wahrgenommene Beschäftigungsunsicherheit in Europa untersucht. Befristete Beschäftigte, ehemals Arbeitslose, Arbeitnehmer, die ihre finanzielle Situation als schwierig bezeichnen und Menschen mit schlechtem Gesundheitszustand berichten von verstärkter Angst, ihren Job zu verlieren. Überraschender Weise haben das Ausmaß des gesetzlichen Kündigungsschutzes, der Konjunkturverlauf und der Umfang staatlicher Sozialausgaben keinen signifikanten Einfluss auf die empfundene Beschäftigungsunsicherheit.

Thema des Vortrags von Peter Krause und Constanze Büning (DIW Berlin) war die Entwicklung der Einkommensverteilung in Haushalten. Die Einkommensentwicklung weist für Deutschland in den letzten Jahren auf ein Anwachsen der Ungleichheit und in dessen Folge auf eine Steigerung des Armutsrisikos hin.

Im letzten Vortrag der Veranstaltung berichteten Irena Kogan, David Reimer (MZES Mannheim), Claudia Geist (Indiana University, Bloomington) und Cornelia Hausen (MPI Berlin) über unterschiedliche Vorstellungen von „Familie“ in Deutschland und den USA. Während US-Amerikaner eine Lebensgemeinschaft vor allem dann als Familie auffassen, wenn das Attribut Ehe vorliegt, sprechen Deutsche überwiegend dann von Familie, wenn Kinder vorhanden sind.

Im Anschluss an die Veranstaltung fand eine Mitgliederversammlung der Sektion Soziale Indikatoren statt.

■ **Jörg Dittmann, ZUMA**

Tel.: 0621/1246-248
dittmann@zuma-mannheim.de

Keine Anzeichen für ein Wiedererstarken der Religion

Analysen zum Wandel von Konfessionszugehörigkeit und Kirchenbindung

Die Anschläge am 11. September 2001 in den USA, die Anschläge in Madrid am 11. März 2004 und London am 7. Juli 2005, der Mord an Theo van Gogh am 2. November 2004, aber auch Anschläge auf Moscheen, z.B. in Linz, Wolfenbüttel oder Usingen, haben das Thema Religion wieder auf die Agenda der Medien und der öffentlichen Diskussion gesetzt. Überspitzt formuliert führen diese Ereignisse dazu, dass aus „den Türken“ oder „den Algeriern“ in Europa „Muslime“ werden. Die religiösen Differenzen zwischen einheimischer und zugewandelter Bevölkerung werden verstärkt betont, wobei hier insbesondere die Differenz zwischen der christlich-abendländischen und der islamisch-morgenländischen Tradition hervorgehoben wird. Beobachter konstatieren jedoch auch einen Wandel innerhalb der Christenheit. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf das enorme Interesse und die intensive Anteilnahme am Tod von Johannes Paul II., der Wahl von Joseph Kardinal Ratzinger zu seinem Nachfolger sowie an dessen Auftritt auf dem Weltjugendtag in Köln im August 2005. Im Kontrast zum Medienecho dieser Ereignisse stehen die Ergebnisse empirischer Studien zur Entwicklung der Religiosität in Deutschland und Europa. Diese kommen übereinstimmend zu dem Befund einer religiösen Säkularisierung, in deren Verlauf religiöse Vorstellungen ihre Prägekraft für das Leben der Menschen verlieren. Der vorliegende Beitrag wird einige dieser Befunde replizieren und gleichzeitig fragen, ob es Anzeichen für ein Wiedererwachen des Religiösen gibt.

larisiert war als weite Teile Westdeutschlands (Hölscher 2000). Erstaunlich ist, dass trotz dieser historisch bedingten Unterschiede die Struktur des Zusammenhangs von Geburtsjahr und Konfessionslosigkeit in Ost- und Westdeutschland die gleiche ist. Es gilt tendenziell: Je jünger, desto größer die Entfernung zu den Kirchen. Im Unterschied zum Osten ist im Westen jedoch, zumindest für die drei jüngeren Generationen, zusätzlich ein Alterseffekt zu beobachten, d.h. mit zunehmendem Alter steigt in diesen Gruppen die ohnehin schon höhere Neigung zum Kirchenaustritt weiter an.

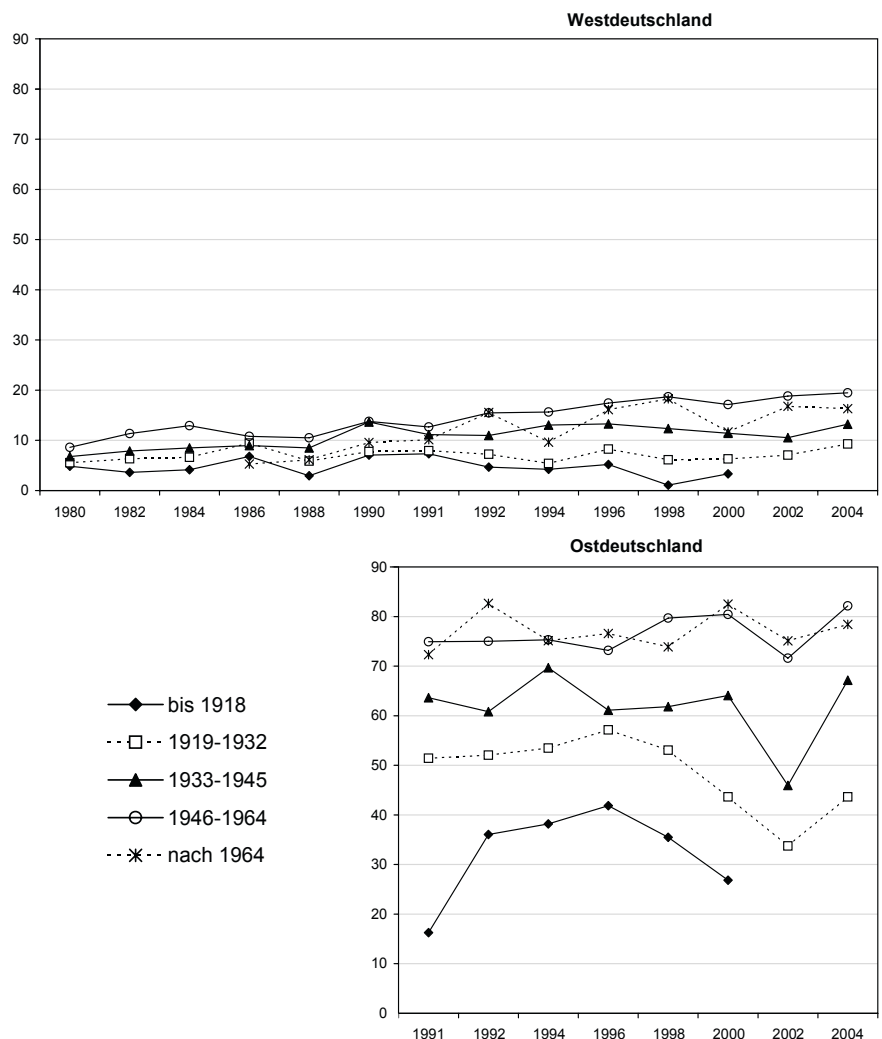
Grafik 2, in der der Anteil der jeweiligen Bevölkerung dargestellt ist, der nie in die Kirche geht, macht deutlich, dass die Kirchenferne in Westdeutschland weiter fortgeschritten ist als das Niveau der Konfessionslosigkeit vermuten lässt. Unter den Jüngsten gehen immerhin 30% nie in die Kirche. Aber auch bei den anderen Generationen liegt der Verzicht auf den Kirchgang um ungefähr das Doppelte über der vollständigen Lösung von der Kirche. Insofern kann der bei den jüngeren Generationen beobachtete Alterseffekt der Konfessionslosigkeit als Anpassung an das tatsächliche Ausmaß der (Un-)Kirchlichkeit verstanden werden.

Die Säkularisierung in Deutschland setzt sich fort

Der Bedeutungsverlust der Religion kann an verschiedenen Indikatoren festgemacht werden.¹ Die katholische, aber vor allem die protestantische Kirche in Deutschland beklagen einen starken Rückgang ihrer Mitgliederzahlen. Allein zwischen 1991 und 2001 hat die Zahl der Kirchenmitglieder in der Evangelischen Kirche um 2,75 Millionen, die der Katholiken um 1,54 Millionen abgenommen. Wegen des langsameren Mitgliederschwunds der katholischen Kirche lebten im Jahr 1998 erstmals mehr Katholiken als Protestanten in Deutschland. Die aus den beiden großen christlichen Kirchen Ausgetretenen sind nicht etwa Mitglied in anderen Religionsgemeinschaften geworden, sondern gehören keiner solchen Gemeinschaft mehr an. Grafik 1 zeigt, wie sich die Konfessionslosigkeit in Deutschland zwischen 1980 und 2004 nach Geburtsjahrgängen bzw. Generationen und Regionen entwickelt hat.

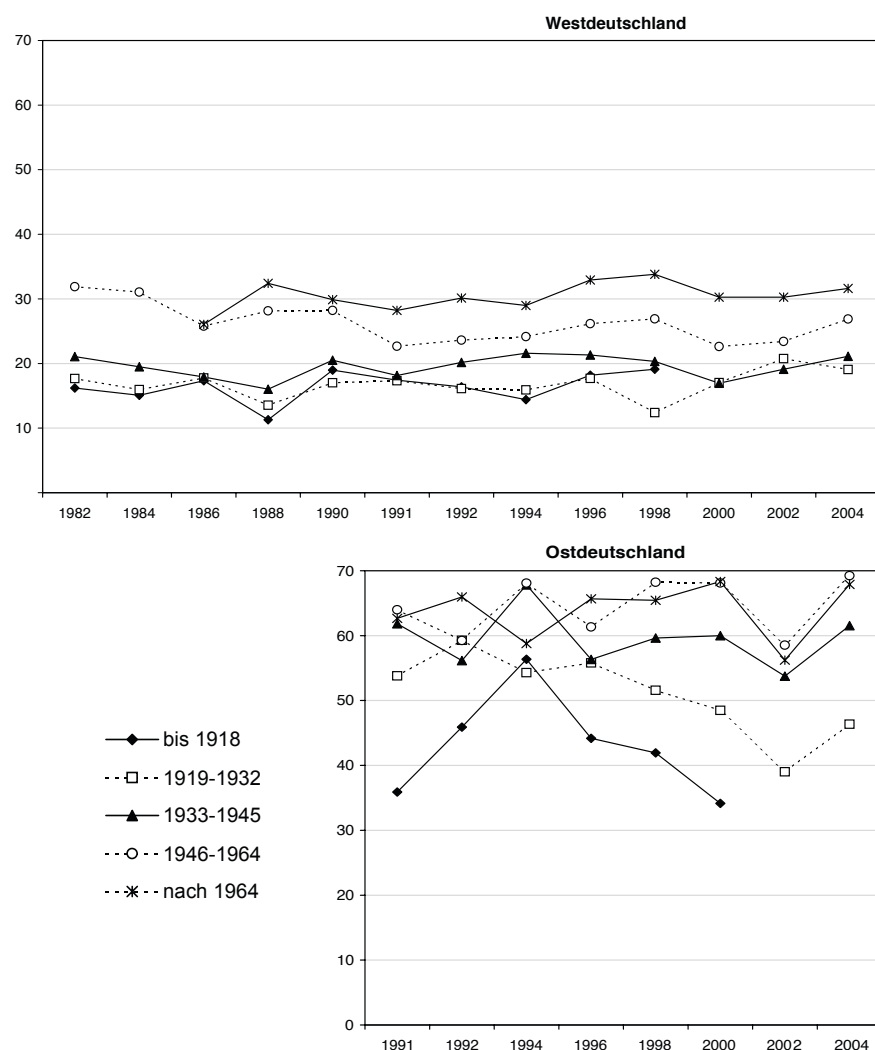
Deutlich wird die mit jeder nachfolgenden Generation zu beobachtende Zunahme der Konfessionslosigkeit. In Westdeutschland liegt die Quote der nicht in einer Religionsgemeinschaft Integrierten unter den Älteren bei rund 5%, während sie in den beiden Nachkriegsgenerationen um mehr als das 3-fache höher bei knapp 20% liegt. In Ostdeutschland ist das Niveau der Konfessionslosigkeit sehr viel höher und liegt, je nach Generation, zwischen 30% und 80%. Darin spiegelt sich zum einen die in der DDR verfolgte Politik gegenüber den Kirchen wider. Zum anderen haben Historiker jedoch darauf verwiesen, dass das Gebiet der neuen Bundesländer schon vor der Gründung der DDR und vor dem Dritten Reich stärker säku-

Grafik 1: Konfessionslosigkeit nach Geburtsjahrgang und Region, 1980-2004 (in %)



Datenbasis: kumulierter ALLBUS 1980-2004, gewichtet

Grafik 2: Ohne Kirchengang nach Geburtsjahrgang und Region, 1980-2004 (in %)



Datenbasis: kumulierter ALLBUS 1980-2004, gewichtet

Nun kann zu Recht darauf verwiesen werden, dass in Westdeutschland auch unter den Jüngeren eine große Mehrheit von mindestens 70% noch Mitglied einer Kirche sind, die Säkularisierung dementsprechend noch nicht sehr weit fortgeschritten ist. So richtig diese Feststellung ist, so wenig tröstlich kann sie für die Kirchen sein. Denn einerseits hält der Trend der Kirchengänge auch weiterhin an und es ist keine Umkehr des seit mindestens 50 Jahren zu beobachtenden Entkirchlichungsprozesses auszumachen. Andererseits handelt es sich bei den Konfessionslosen gewissermaßen nur um die berühmte Spitze des Eisbergs: Auch unter denjenigen in Westdeutschland, die den Kirchen treu geblieben sind, ist das kirchlich-religiöse Verhalten stark von der Generation, der eine Person angehört, abhängig. Während die bis 1918 Geborenen im Westen zu etwa 40-50% mindestens einmal im Monat einen Gottesdienst besuchen, tut dies nur jeder Fünfte der nach 1945 Geborenen. Im Gegensatz dazu besuchen 10% der älteren und 25% der jüngeren Kirchenmitglieder nie einen Gottesdienst. In Ostdeutschland liegt der Prozentsatz derjenigen, die mindestens einmal im Monat zur Kirche gehen, unabhängig vom Geburtsjahr bei rund 20%, während ebenso

viele ostdeutsche Kirchenmitglieder nie einen Gottesdienst besuchen.

Durch Verknüpfung der Angaben zur Mitgliedschaft mit denen zur Teilnahme am Gottesdienst kann eine Typologie entwickelt werden, die vier verschiedene Arten von Mitgliedern unterscheidet:

Kirchenmitglieder, die mindestens einmal im Monat den Gottesdienst besuchen (Kernmitglieder); Kirchenmitglieder, die nur selten zum Gottesdienst gehen (Randmitglieder); Mitglieder, die nie in die Kirche gehen (nominelle Mitglieder); sowie Personen, die nicht Mitglied in einer Religionsgemeinschaft sind. Untersucht man die Entwicklung dieser vier Gruppen in der Abfolge der Generationen, ergibt sich das in Tabelle 1 wiedergegebene Bild. In Westdeutschland verringert sich die Gruppe der Kernmitglieder in der Generationenfolge von 42% auf 16%. Im Gegensatz dazu erhöht sich der Anteil der Randmitglieder leicht, die Gruppe der nominellen Mitglieder verdoppelt sich und der Anteil der Nicht-Mitglieder steigt sogar auf das 2,5-fache an.² In Ostdeutschland sieht die Entwicklung auf den ersten Blick etwas anders aus. Hier gehen die Anteile aller drei Mitgliedschaftsgruppen teilweise stark zurück, während der Anteil der Nicht-Mitglieder zunimmt. In der jüngeren Geburtskohorte finden sich dann nur noch 5% Kernmitglieder, aber über drei Viertel Konfessionslose. Ein gleich hohes Maß an Entkirchlichung würde Westdeutschland, sollte sich der derzeitige Trend fortsetzen, erst in etwa 100 Jahren erreichen.

Vereinfachend kann der Mitgliederrückgang der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland auf drei Ursachen zurückgeführt werden: Zum ersten auf die hohe Zahl von Kirchengängen. Zum zweiten auf die stark zurückgegangene Zahl von Geburten (siehe unten) und die Tatsache, dass zudem der Anteil der Kinder, die getauft werden, gesunken ist. Die aus diesen Entwicklungen resultierende Überalterung des Mitgliederbestands der Kirchen wird in Zukunft zu einer Beschleunigung des Mitgliederschwunds führen. Darüber hinaus zeigt sich drittens auch unter denjenigen, die den Kirchen (noch) nicht den Rücken zugewandt haben, eine abnehmende Neigung, an kirchlichen Aktivitäten teilzunehmen. Es stellt sich die Frage, ob diese Entwicklung so weitergehen wird. Für die Beantwortung dieser Frage ist die demografische Entwicklung von Bedeutung, die darüber entscheidet, wie viel potentieller Nachwuchs den Kirchen zur Verfügung stehen

Tabelle 1: Formen der Kirchenmitgliedschaft nach Generation und Region (in %)*

	Geburtsjahr				
	bis 1918	1919-1932	1933-1945	1946-1964	ab 1965
<i>Westdeutschland</i>					
Kernmitglieder	42	35	27	19	16
Randmitglieder	44	49	54	55	52
nominelle Mitglieder	10	9	10	13	20
Nicht-Mitglieder	5	7	10	14	13
Gesamt (100%)	2.881	6.860	9.050	13.776	6.226
<i>Ostdeutschland</i>					
Kernmitglieder	12	9	6	5	4
Randmitglieder	39	29	23	14	15
nominelle Mitglieder	16	11	9	5	3
Nicht-Mitglieder	33	51	62	76	77
Gesamt (100%)	140	694	1.195	1.883	1.014

* Zur Erläuterung der Mitgliedertypen siehe Text
 Datenbasis: kumulierter ALLBUS 1980-2004, gewichtet

wird. Darüber hinaus muss untersucht werden, in welchem Zusammenhang die Lebensform mit der Religiosität steht. Daher soll zunächst kurz auf die Entwicklung im Bereich Familie eingegangen werden.

Der Bedeutungswandel der Familie geht Hand-in-Hand mit der Säkularisierung

Der Anteil der Familien, also der Haushalte, in denen Kinder aufwachsen, ist seit 1970 rückläufig. Dafür sind viele Faktoren verantwortlich. Unmittelbar im Zusammenhang mit dieser Entwicklung steht der Anstieg des Erstheiratsalters. Dieses ist zwischen 1970 und 2000 für Männer von 25,6 auf 31,2 Jahre, für Frauen von 22,9 auf 28,8 Jahre angestiegen.³ Gleichzeitig hat der Anteil derjenigen, die nicht heiraten, bzw. derjenigen, die sich scheiden lassen, zugenommen. So betrug der Anteil Verheirateter unter den 35 bis 45-Jährigen im Jahr 1970 bei den Männern 90% und bei den Frauen 86% (Westdeutschland). 30 Jahre später betrug diese Anteile nur noch 65% bei den Männern bzw. 73% bei den Frauen (Gesamtdeutschland). Im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen ist das Alter bei der Geburt des ersten Kindes angestiegen und die Geburtenziffer von 2,01 im Jahr 1970 auf 1,41 (West) bzw. 1,38 (Ost) im Jahr 2000 zurückgegangen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Anteil der Bevölkerung, der mit Kindern zusammenlebt, in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken und der Anteil derjenigen, die keine Kinder im Haushalt haben, entsprechend gestiegen ist. Ebenso hat sich der Anteil der erwachsenen Bevölkerung, der mit einem Ehepartner und Kindern zusammenlebt, von 1972 bis 2000 von 43% auf 30% (West; im Osten sind es 28%) verringert.

Die Vermutung, dass die hier nur kurz angedeuteten demografischen Entwicklungen einerseits und der Säkularisierungsprozess andererseits miteinander verbunden sein könnten, liegt nahe. Aber wie sieht dieser Zusammenhang genau aus? Beide Prozesse können zunächst als Teil oder, je nach Konzeption, als Folge der Modernisierung verstanden werden. So könnte beispielsweise die weitgehende Absicherung existentieller Risiken durch den Staat sowohl die materielle Unterstützung durch eigene Kinder als auch das Vertrauen in Gott entbehrlich gemacht haben. Wie Gill und Lundsgaarde (2004) zeigen, stehen die Ausgaben für soziale Sicherungssysteme in einer Gesellschaft in einem direkten negativen Zusammenhang zum Ausmaß der Religiosität und Kirchenbindung. Zwischen den Entwicklungen in den Bereichen Religion und Familie kann jedoch auch ein direkter Zusammenhang bestehen. Die abnehmende Religiosität und vor allem die nachlassende Relevanz religiöser Gebote und Vorstellungen im Alltag wird auch Einfluss auf den demografischen Wandel haben. So zeigt Gerhards (2005: 114ff.) in einer aktuellen Analyse, dass unterschiedliche religiöse Traditionen in Europa sehr unterschiedliche Einstellungen zur Rolle der Frau und damit - so kann vermutet werden - zum generativen Verhalten bedingen. Allerdings führt die demografische Entwick-

lung, d.h. der Rückgang der Geburtenrate, ihrerseits zu einem Rückgang potentieller, neuer Kirchenmitglieder und zwar unabhängig davon, ob gleichzeitig ein Rückgang der Religiosität bzw. der Kirchnähe vorliegt. Denkbar und keineswegs unwahrscheinlich ist schließlich, dass die beschriebenen Effekte alle gleichzeitig wirksam sind und sich wechselseitig verstärken.

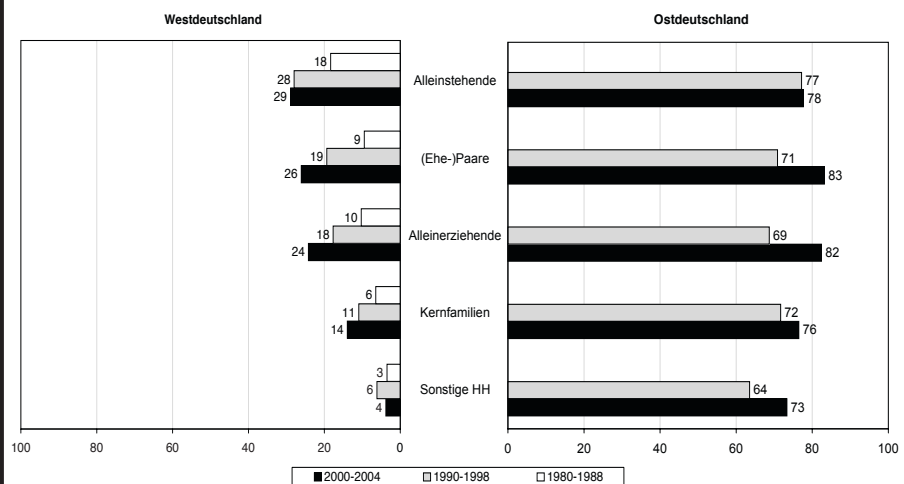
Betrachtet man die Beurteilung der Lebensreiche Familie bzw. Verwandtschaft und Religion, so zeigt sich über die gesamten 1980er und 1990er Jahre hinweg, dass die Deutschen die eigene Familie und Kinder als den wichtigsten Lebensbereich, Kirche und Religion dagegen als den unwichtigsten Lebensbereich beurteilen. Interessant ist nun jedoch nicht nur das Verhältnis der beiden Lebensbereiche zueinander, sondern die Zusammenhänge zwischen ihnen. Eine genauere Analyse zeigt, dass die Bedeutung dieser Lebensbereiche im Westen verhältnismäßig eng zusammenhängen. Die Wichtigkeitsurteile von Religion und Kirche korrelieren vor allem mit der subjektiven Bewertung der Verwandtschaft ($r_{west}=0,35$; $r_{ost}=0,10$). Die Hälfte derjenigen, denen Verwandtschaft wichtig ist (Skalenwerte 4-7 auf einer 7-stufigen Bewertungsskala), ist auch Religion und Kirche wichtig, während zwei Drittel derjenigen, die Verwandtschaft unwichtig finden (Werte 1-3), dasselbe Urteil über Religion und Kirche fällen. Im Osten sind diese Zusammenhänge durchgehend viel schwächer, allerdings ebenfalls positiv. Beide Lebensbereiche hängen also offensichtlich auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung zusammen.

Welche Schlüsse können aus der beschriebenen demografischen Entwicklung für die weitere Entwicklung der Religiosität und Kirchlichkeit gezogen werden? Eine der Aufgaben von Eltern ist die Sozialisation ihrer Kinder. In diesem Zusammenhang werden Eltern stärker als andere nach Orientierung suchen, nach Angeboten von Sinn und Werten. Entsprechende Angebote werden traditionell von Religionsgemeinschaften gemacht, die Halt und Orientierung in der Beliebigkeit des modernen Wertepluralismus

versprechen (Kaufmann 1989). Doch erfüllen Kirchen diese Funktion noch heute bzw. nehmen die Menschen auf der Suche nach Orientierung die Kirchen immer noch als Ort entsprechender Angebote wahr? Um diese Frage beantworten zu können, müssen Menschen mit Kindern mit Menschen ohne Kinder verglichen werden. Da im verwendeten Datenmaterial nur das Vorhandensein von Kindern im Haushalt erfragt wurde, nicht jedoch, ob eine Person überhaupt Kinder hat, muss zur Untersuchung der hier verfolgten Fragestellung auf die Zusammensetzung der Haushalte zurückgegriffen werden. Es wird daher im Folgenden die Religiosität und Kirchlichkeit von Menschen untersucht, die in fünf verschiedenen Haushaltstypen leben: Alleinlebende; Menschen, die mit ihrem (Ehe-) Partner leben; Alleinerziehende; Menschen, die in vollständigen Kernfamilien leben; sowie sonstige Haushalte, in denen Verwandte zusammenleben, insbesondere Mehrgenerationen-Haushalte. Die fünf Gruppen dieser Haushaltstypologie sind in Bezug auf ihren familialen Charakter ansteigend geordnet. Die im Folgenden präsentierten Analysen beschränken sich auf die 36- bis 55-Jährigen. So ist zum einen sichergestellt, dass es sich bei den Befragten um Elternteile und nicht um Kinder handelt, und zudem ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass Personen dieser Altersgruppe die Familienplanung begonnen oder abgeschlossen haben und gleichzeitig noch mit ihren Kindern zusammenleben.

In Grafik 3 ist der Anteil der konfessionslosen 36- bis 55-Jährigen nach Haushaltstyp, Jahrzehnt und Region dargestellt. Noch einmal wird deutlich, wie stark im Westen Deutschlands die Entkirchlichung in den letzten Jahrzehnten vorangeschritten ist. Unter den Personen dieser Altersgruppe ist der Anteil der Konfessionslosen seit den 1980er Jahren bis heute von 7% auf 19%, also auf das 2,6-fache gestiegen. Auch im Osten Deutschlands, wo die Entkirchlichung bereits in den 1990er Jahren exzeptionell hoch war, ist der Anteil der Konfessionslosen in der betrachteten Altersgruppe noch einmal um 10% auf insgesamt 79% gestiegen. Der Anstieg der Konfessionslosigkeit lässt sich in

Grafik 3: Konfessionslose in Deutschland im jeweiligen Haushaltstyp (in %)



Datenbasis: kumulierter ALLBUS, gewichtet, nur 36- bis 55-Jährige

Tabelle 2: Formen der Kirchenmitgliedschaft nach Altersgruppen in West- und Osteuropa (in %)

	Alter (in Jahre)			Gesamt
	bis 35	36 bis 55	56 und älter	
Westeuropa				
Kernmitglieder	16	21	34	24
Randmitglieder	26	29	28	28
nominelle Mitglieder	11	10	13	11
Nicht-Mitglieder	47	40	25	38
Gesamt (100%)	17.859	21.243	17.196	56.298
Osteuropa				
Kernmitglieder	40	37	40	39
Randmitglieder	22	25	26	24
nominelle Mitglieder	2	3	8	4
Nicht-Mitglieder	36	34	27	33
Gesamt (100%)	5.817	6.164	5.212	17.193

Datenbasis: European Social Survey (ESS) 2002/2004, gewichtet

allen Haushaltsformen beobachten. Allerdings variiert das Ausmaß der Kirchenbindung deutlich und in der erwarteten Richtung zwischen den verschiedenen Haushaltsformen. Die größte Wahrscheinlichkeit einer Religionsgemeinschaft anzugehören, weisen Menschen auf, die in Haushalten mit Verwandten wohnen, die über die Kernfamilie hinausgehen. An zweiter Stelle stehen Mütter und Väter, die mit ihren (Ehe-)Partnern und Kindern zusammenleben. Es folgen die Alleinerziehenden, die (Ehe-)Paare ohne Kinder im Haushalt und zuletzt die Alleinlebenden. Unter den zuletzt Genannten finden sich heute im Westen knapp 30%, die keiner Religionsgemeinschaft angehören. Derselbe Zusammenhang gilt für Ostdeutschland, allerdings ist er dort deutlich schwächer.⁴

Eine weiterführende Untersuchung der Kirchengangshäufigkeit unter Kirchenmitgliedern nach den fünf Haushaltstypen bestätigt den gewonnenen Eindruck: Während nur 20% der Alleinlebenden und 21% der mit dem Partner Lebenden mindestens einmal im Monat einen Gottesdienst besuchen, sind es unter den Alleinerziehenden 27%, bei Müttern oder Vätern, die mit Partnern und Kindern zusammenwohnen, 29% und bei Menschen, die mit weiteren Verwandten zusammenwohnen, sogar 35% (im Westen; für Ostdeutschland enthält der Datensatz zu wenig Kirchenmitglieder, um zu zuverlässigen Aussagen zu kommen). Gottesdienste werden also deutlich stärker von Personen besucht, die mit Kindern zusammenleben. Dass nur rund ein Drittel der Kirchenmitglieder, die mit Kindern zusammenwohnen, regelmäßig den Gottesdienst besucht, bedeutet jedoch umgekehrt, dass etwa zwei Drittel dieser Personen seltener als einmal im Monat in die Kirche gehen. Selbst in den Gruppen, die der Kirche nahestehen, ist die Beteiligung damit recht gering.

Säkularisierung schreitet in Westeuropa voran – Entwicklung in Osteuropa offen

Ist Deutschland ein Sonderfall oder lassen sich ähnliche Entwicklungen und Zusammenhänge auch für andere europäische Gesellschaften feststellen? An dieser Stelle kann lediglich eine

vorläufige Antwort auf diese Frage gegeben werden. Insbesondere kann keine detaillierte Analyse nach einzelnen Ländern vorgelegt, sondern allein eine grobe Unterscheidung zwischen West- und Osteuropa vorgenommen werden. Als osteuropäische Länder werden hier solche bezeichnet, die bis 1989/90 eine sozialistische Staatsform aufwiesen und daher lange Zeit eine andere Politik gegenüber Religionen und Kirchen verfolgten als die Länder Westeuropas. Die Datengrundlage für diese Analysen bilden die ersten beiden Wellen des European Social Survey. Da dieser Datensatz erst seit 2002 erhoben wird, können streng genommen keine Aussagen zur Entwicklung von Religiosität und Kirchlichkeit gemacht werden. Dennoch lassen sich aus den in Tabelle 2 dargestellten Anteilen verschiedener Formen von Kirchenmitgliedschaft, die ebenso definiert sind wie oben bei den Analysen auf Basis des ALLBUS, Hinweise auf Trends ableiten. Mit nahezu vier von zehn Westeuropäern sind die Nicht-Mitglieder die stärkste Gruppe in diesem Teil Europas. Zu den Kernmitgliedern lassen sich dagegen nur ein Viertel der Westeuropäer rechnen. Ein Vergleich der Altersgruppen zeigt, wie schnell der Entkirchlichungsprozess vonstatten gegangen ist: In ein bis zwei Genera-

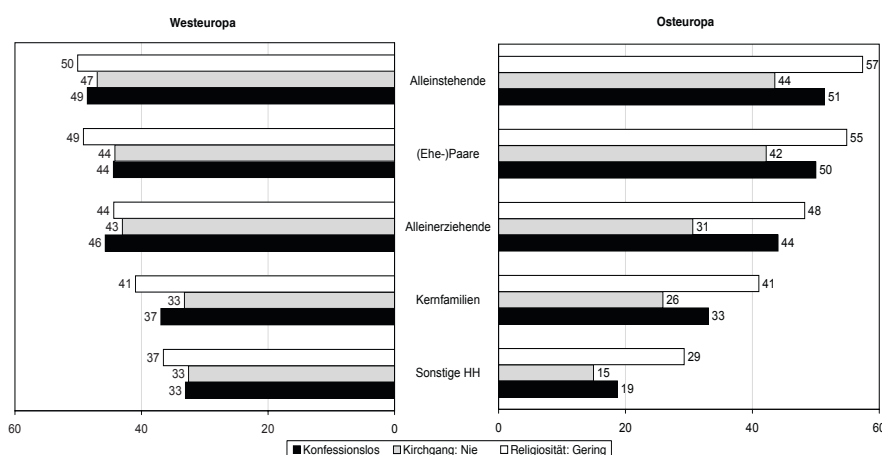
tionen – dies ist etwa der Abstand zwischen den Ältesten und den Jüngsten – hat sich der Anteil der Kernmitglieder halbiert, während derjenige der Nicht-Mitglieder sich nahezu verdoppelt hat. Auch wenn ein Teil dieser Unterschiede sich durch das Älterwerden der Jüngsten ausgleichen mag, ist es äußerst unwahrscheinlich, dass diese Gruppe denselben Grad von Kirchlichkeit und Religiosität erreicht wie ihre Eltern oder Großeltern.

Wie ist die Bindung zur Kirche in Osteuropa? Zum einen stellen hier die Kernmitglieder mit knapp 40% die größte Gruppe, während lediglich ein Drittel der Osteuropäer sich nicht zu einer religiösen Gemeinschaft zählt. Darüber hinaus ist in Osteuropa kein starker Alterstrend zu beobachten; lediglich die Gruppe der Nicht-Mitglieder scheint größer zu werden. Inwieweit sich hinter diesen Angaben verschiedene Entwicklungen für Länder mit christlich-orthodoxer und mit katholischer Tradition verbergen, muss hier offen bleiben.

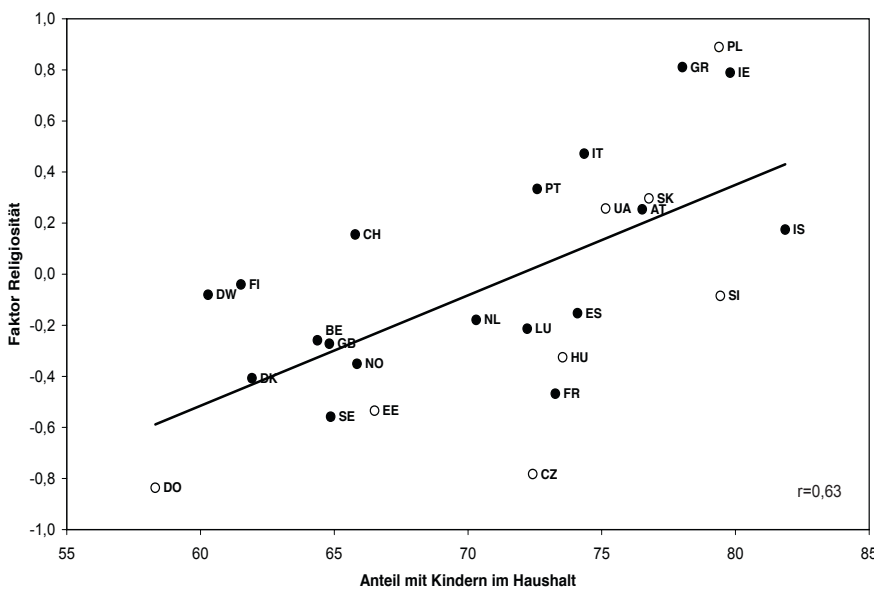
Nach der Analyse der Kirchenmitgliedschaften soll nun untersucht werden, ob sich zwischen der Tatsache, dass man Verantwortung für Kinder trägt, und der Religiosität der für Deutschland festgestellte Zusammenhang auch für Europa zeigt. Ein erstes Ergebnis ist in Grafik 4 wiedergegeben. Die Haushaltstypologie entspricht der Einteilung der zuvor für Deutschland verwendeten Daten des ALLBUS. Wiederum beschränkt sich die Analyse auf die 36- bis 55-Jährigen. Untersucht wurden drei Indikatoren der Religiosität: Der Anteil der Konfessionslosen, der Anteil derjenigen, die nie in die Kirche gehen, sowie der Anteil derjenigen, die sich für weniger religiös halten.

Wie Grafik 4 deutlich zeigt, folgt der Zusammenhang zwischen Haushaltsform und Religiosität sowohl in Ost- als auch in Westeuropa demselben Muster wie in Westdeutschland. Die alleine lebenden 36- bis 55-Jährigen erweisen sich auch in Europa als die kirchenfernste und am wenigsten religiöse Gruppe. Jeweils etwa die Hälfte von ihnen kann als kirchenfern und wenig religiös gelten. Von diesen unterscheiden

Grafik 4: Konfessionslose in Europa im jeweiligen Haushaltstyp (in %)



Datenbasis: ESS 2002/2004, gewichtet, nur 36- bis 55-Jährige

Grafik 5: Religiosität in Europa nach Anteil der Personen, die mit Kindern leben*

*Westeuropa: schwarze Kreise; Osteuropa: weiße Kreise
Datenbasis: ESS 2002/2004, 36- bis 55-Jährige

sich diejenigen, die ausschließlich mit ihrem (Ehe-)Partner zusammenleben jedoch nur geringfügig. Alleinerziehende, insbesondere in Osteuropa, sind demgegenüber etwas religiöser. Am größten ist die Religiosität bei Vätern und Müttern in vollständigen Kernfamilien sowie bei denjenigen, die (zudem) mit anderen Verwandten zusammenwohnen. Es gilt also auch in Europa: Je familialer der Charakter des Haushalts, desto größer das Ausmaß der Religiosität. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Haushalten in Osteuropa noch etwas pointierter als im Westen.

In einer weiteren Analyse wurde aus der Häufigkeit des Kirchgangs und des Betens sowie der subjektiven Religiosität ein Index gebildet (Wolf 2005). Der Durchschnittswert dieser Maßzahl wurde dann mit dem Anteil der 36- bis 55-jährigen Bevölkerung eines Landes korreliert, der gemeinsam mit Kindern in einem Haushalt lebt. Mit $r=0,63$ ist der Zusammenhang dieser beiden Merkmale beachtlich (siehe Grafik 5). In Ländern, in denen weniger Menschen mit Kindern zusammenleben, ist die Religiosität weniger stark ausgeprägt.

Keine Trendumkehr in Sicht

Die Analyse Deutschlands im Zeitverlauf hat gezeigt, dass der Prozess der Säkularisierung einschließlich der Entkirchlichung ungebrochen voranschreitet und unabhängig von der Lebensform alle Personen nahezu gleichermaßen betroffen sind, wobei der Prozess in Ostdeutschland deutlich weiter fortgeschritten ist als im Westen Deutschlands. In Westeuropa zeigt sich ein vergleichbares Bild: Unter den Personen bis 35 Jahren ist nur noch jeder Achte Mitglied einer Religionsgemeinschaft und nimmt auch regelmäßig am Gottesdienst teil. Dagegen ist in dieser Altersgruppe bereits jeder Zweite nicht mehr Mitglied einer Kirche. In Osteuropa setzt sich der Ausstieg aus den Kirchen zwar weniger

stark fort, jedoch finden sich auch hier keine Anzeichen für eine Umkehr der Säkularisierung. Insgesamt deutet im Gegenteil vieles daraufhin, dass dieser Trend sich fortsetzen wird.

- 1 Auf die analytische Trennung von Religiosität als Ausdruck individueller Glaubensüberzeugungen und Kirchlichkeit, also die Einbindung in organisierte Religion, kann hier nicht näher eingegangen werden. Für Deutschland und Europa zeigen viele Untersuchungen, dass beide Phänomene empirisch kaum zu trennen sind bzw. es zweifelhaft erscheint, ob Religiosität dauerhaft ohne soziale Einbindung überhaupt existiert (Gerhards 2005, Pollack 2003).
- 2 Diese Angaben beziehen sich auf den Querschnitt zwischen 1980 und 2004. Wie Grafik 1 zeigt, lässt sich bei der Konfessionslosigkeit neben dem Einfluss der Geburtskohorte auch ein Einfluss des Alters beobachten. Aus diesem Grund sind die aktuellen Verteilungen für die jüngeren Kohorten

aus „kirchlicher Perspektive“ noch deutlich „ungünstiger“.

- 3 Alle Angaben ohne explizite Nennung der Quelle stammen aus dem System Sozialer Indikatoren (www.gesis.org/Sozialindikatoren); andere wichtige Datenquellen sind Engstler/Menning (2003).
- 4 Dies zeigen auch weiterführende multivariate Analysen. Während im Westen der statistische Effekt der Haushaltsform auf die Konfessionslosigkeit stärker ist als der zeitliche Trend, ist es im Osten genau umgekehrt und der Effekt der Haushaltsform ist in diesem Landesteil nicht statistisch signifikant.

Engstler, Heribert, Menning Sonja, 2003: Die Familie im Spiegel der Statistik. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Gerhards, Jürgen (unter Mitarbeit von Michael Hölscher), 2005: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gill, Anthony, Lundsgaarde, Erik, 2004: State Welfare Spending and Religiosity. *Rationality and Society* 16: 399-436.

Hölscher, Lucian, 2000: Geographie des Protestantismus: Zahlen versus Mythen. *Rubin* 2000, 2: 13-18.

Kaufmann, Franz-Xaver, 1989: Religion und Modernität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Tübingen: Mohr.

Pollack, Detlef, 2003: Säkularisierung – ein moderner Mythos? Studien zum religiösen Wandel in Deutschland. Tübingen: Mohr Siebeck.

Wolf, Christof, 2005: Measuring religious affiliation and religiosity in Europe. S. 279-294 in: Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, Janet Harkness (Hg.), *Methodological Aspects in Cross-National Research*. Mannheim: ZUMA Mannheim.

Christof Wolf, ZUMA

Tel.: 0621 / 1246-153
wolf@zuma-mannheim.de

VFA-Report Lebensqualität 2006 erschienen

Ende des vergangenen Jahres ist der VFA-Report Lebensqualität 2006 erschienen, der in einer Kooperation zwischen der Abteilung Soziale Indikatoren von ZUMA und dem Arbeitsbereich ‚Europäische Gesellschaften und Ihre Integration‘ des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung entstanden ist. Die im Auftrag des Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller e.V. (VFA) durchgeführte Studie untersucht die Entwicklung der Lebensqualität in Deutschland zwischen 1995 und 2005 auch im europäischen Vergleich und konzentriert sich auf

die objektiven Komponenten der Lebensqualität in vier gesellschaftspolitisch besonders relevanten Bereichen: Familie, Arbeit und Einkommen, Gesundheit sowie Partizipation und Integration. Gegenstand der Analysen sind zudem die Prozesse des demografischen und sozialstaatlichen Wandels, die zentrale Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Lebensqualität darstellen.

Der Report ist als download auf der website der Abteilung Soziale Indikatoren verfügbar: www.gesis.org/Sozialindikatoren

Gut gemeint ist noch lange nicht getan

Eine international vergleichende Analyse zur partnerschaftlichen Arbeitsteilung im Haushalt¹

In der Entwicklung familialer Erwerbsmuster hat sich in Europa in den letzten Jahrzehnten ein tief greifender Wandel vollzogen. Bis Mitte des vergangenen Jahrhunderts existierte in vielen Familien mit Kindern noch eine eindeutige Arbeitsteilung zwischen einem erwerbstätigen, männlichen „Familienernährer“ und einer auf Kindererziehung und Hausarbeit spezialisierten Ehefrau. International vergleichende Daten belegen jedoch in allen modernen Gesellschaften für die jüngere Vergangenheit eine Annäherung der Erwerbsquoten von Männern und Frauen (Hofäcker 2006a). Sozialwissenschaftliche Diagnosen sehen zudem das Verhältnis zwischen den Geschlechtern „im Umbruch“ (Leitner et al. 2004) und das „klassische Ernährermodell“ in einem Zustand zunehmender Auflösung in Richtung einer Erwerbstätigkeit beider Ehepartner (Lewis 2004). Vor dem Hintergrund dieser Annäherung von Männern und Frauen im Erwerbsleben wird auch eine Angleichung in der familialen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern gefordert: „Neue Väter“ sollen mehr Verantwortung für die Erziehung der Kinder übernehmen und sich bei der Erledigung alltäglicher Haushaltsarbeiten umfassender engagieren. Mehrere europäische Länder unterstützen diese innerfamiliäre Angleichung zudem durch spezielle familienpolitische Programme. Lässt sich jedoch de facto ein Trend zu solchen, an einer gleichmäßigen Aufteilung von Haus- und Erwerbsarbeit orientierten „neuen Vätern“ erkennen? Der vorliegende Beitrag geht auf Basis der 1988, 1994 und 2002 erhobenen Daten des ISSP-Moduls „Family and Changing Gender Roles“ dieser Frage in insgesamt 18 Ländern Europas nach. Er rekonstruiert Einstellungsmuster von Vätern als notwendige Grundbedingung eines Verhaltenswandels und stellt diese anschließend der tatsächlichen Beteiligung von Vätern an Familien- und Haushaltsarbeit gegenüber. Der systematische Vergleich nationaler Kontextbedingungen ermöglicht es dabei zu rekonstruieren, inwiefern es nationaler Familien- und Arbeitsmarktpolitik gelungen ist, Männer verstärkt zur Übernahme familialer Verantwortung zu bewegen.

Verbesserung der Rahmenbedingungen, aber mit nationalen Unterschieden

Die individuelle Bereitschaft von Vätern zur Übernahme von familialer Verantwortung stellt eine wichtige Bedingung für die Entwicklung einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung im Haushalt dar. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass die Unterstützung dieser Bereitschaft durch institutionelle und kulturelle Rahmenbedingungen von zentraler Bedeutung für die tatsächliche Umsetzung dieses neuen Rollenmodells ist. Mehrere Faktoren sprechen dafür, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten die institutionellen Rahmenbedingungen für „neue Väter“ in modernen Gesellschaften generell verbessert haben: Zum einen hat infolge der Bildungsexpansion, der steigenden Nachfrage nach weiblicher Arbeitskraft im expandierenden Dienstleistungssektor sowie der verstärkten familienpolitischen Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Arbeitsmarktteilnahme von Frauen deutlich zugenommen. Die daraus oftmals resultierende Erwerbstätigkeit beider Ehepartner schafft neue Grundlagen für die innerfamiliäre Verteilung von Erwerbs- und Hausarbeit, die entsprechend neu verhandelt werden muss. Ebenso ist zu erwarten, dass infolge der „feministischen Revolution“ die Legitimität einer asymmetrischen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zunehmend brüchig wird.

Gleichzeitig existieren jedoch deutliche internationale Unterschiede im Ausmaß der o.g. Trends sowie in der institutionellen Unterstützung einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung. So haben sich zwar in den vergangenen Jahren die Erwerbsquoten von Frauen dem Aktivitätsniveau von Männern angenähert, der zeitliche Umfang der Erwerbstätigkeit jedoch nur bedingt. Je deutlicher aber die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Umfang der Erwerbstätigkeit ausfallen, desto mehr ist aus zeitökonomischer Perspektive davon auszugehen, dass sich auch auf der Ebene der Haushalts- und Familientätigkeiten eine ungleiche Verteilung der Arbeit ergibt.

Lediglich in den skandinavischen Ländern sind beide Geschlechter seit den 70er Jahren umfassend und mit hoher Stundenzahl in das Erwerbsleben integriert. Ein individualisiertes Steuersystem sowie umfangreiche öffentliche Betreuungsangebote fördern hier die kontinuierliche Erwerbstätigkeit beider Ehepartner. Gleichzeitig setzen Elternurlaubsregelungen bzw. spezielle „Vaterschaftsurlaubs“-Angebote einen hohen Anreiz für einen zeitweiligen Erwerbsausstieg von Vätern und deren aktive Beteiligung am Familienleben. Die Rahmenbedingungen für die Realisierung eines neuen Vatermodells erscheinen somit in den skandinavischen Ländern als ausgesprochen günstig. In den angelsächsischen Ländern nähern sich

die Erwerbsquoten zunehmend denjenigen der skandinavischen Länder an. Allerdings unterstützt der Staat hier kaum die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und es sind vielmehr finanzielle Notwendigkeiten, die eine Erwerbstätigkeit beider Ehepartner erfordern. Die Betreuung der Kinder wird meist durch die Inanspruchnahme privater Dienste oder sozialer Netzwerke gewährleistet. Sind diese nicht oder nur begrenzt verfügbar, so weichen Frauen oft in Teilzeitarbeit aus. Angesichts der fehlenden familienpolitischen Förderung einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung sind hier demnach schlechtere Rahmenbedingungen für „neue Väter“ zu erwarten als in den skandinavischen Ländern.

In den mitteleuropäischen Staaten zeigen sich unterschiedliche Entwicklungstendenzen: Frankreich und Belgien lassen Familien infolge umfangreicher Investitionen in (frühkindliche) Betreuung eine vergleichsweise „freie Wahl“ zwischen der Realisierung eines Ernährer- oder Zweiverdienermodells. Auch die niederländische Familienpolitik orientiert sich zunehmend an einem „Kombinationsszenario“, das reduzierte Arbeitszeiten für beide Geschlechter und eine gleichmäßige Verteilung von Familienarbeit zwischen den Ehepartnern vorsieht. In Österreich und der Schweiz nehmen Mütter dagegen häufig nur den Status einer „Zuverdienerin“ zum gemeinsamen Haushaltseinkommen ein. Im Fall der Geburt eines Kindes fördert die staatliche Familienpolitik durch geringe Betreuungsangebote für Kleinkinder, die Kollektivbesteuerung von Familien sowie lange Elternurlaubsregelungen einen zumindest zeitweiligen Erwerbsausstieg der Ehefrau. Entsprechend unterbrechen oder reduzieren Mütter während der „Kleinkindphase“ vielfach ihre Erwerbstätigkeit und kehren auch anschließend oft nur in Teilzeitarbeit zurück. Während sich somit in Frankreich, Belgien und den Niederlanden zunehmend bessere Rahmenbedingungen für die Herausbildung einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung herausgebildet haben, fördert der institutionelle Kontext in den beiden deutschsprachigen Ländern weiterhin eine traditionelle Form der familialen Arbeitsteilung, die nur bedingt Raum für die Entwicklung einer partnerschaftlichen Rollenverteilung im Haushalt lässt.

Eine noch deutlichere Differenz in der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen – verbunden mit noch stärkeren Beschränkungen für eine partnerschaftliche Arbeitsteilung – findet sich in den südeuropäischen Ländern: Hier sind trotz eines Anstiegs in der jüngeren Vergangenheit gegenwärtig immer noch weniger als die Hälfte aller Frauen erwerbstätig. Familienpolitische Maßnahmen zur Unterstützung weiblicher Erwerbstätigkeit bzw. Ansätze zur Förderung einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung befinden sich hier noch im Auf- bzw. Ausbau.

Osteuropäische Länder stellen einen Grenzfall dar: Zu Zeiten des Sozialismus waren Männer und Frauen infolge ideologischer Forderung und familienpolitischer Förderung häufig beide

in Vollzeit erwerbstätig. Im Zuge des Systemwechsels ging die Erwerbstätigkeit beider Geschlechter jedoch merklich zurück. Sowohl der Abbau familienpolitischer Leistungen als auch der Einstellungswandel in jüngerer Zeit (vgl. Hofäcker/Lück 2005) deuten hier auf eine zunehmende ‚Re-Traditionalisierung‘ der familialen Arbeitsteilung hin, die einer Herausbildung ‚neuer Väter‘ eher entgegensteht.

Deutschland vereinigt schließlich seit der Wende zwei verschiedene ‚Geschlechterkulturen‘ in sich. Während die alten Bundesländer institutionell dem mitteleuropäischen ‚Zuverdienermodell‘ entsprechen, dominierte in Ostdeutschland während des Sozialismus ein staatlich gefördertes Zweiverdienermodell. Seit der Wiedervereinigung nähern sich die geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten in beiden Landesteilen zunehmend an; infolge umfassenderer Kinderbetreuung sind jedoch Frauen in den neuen Bundesländern nach wie vor häufiger in Vollzeitbeschäftigung zu finden als ihre westdeutschen Pendanten.

Länderübergreifender Wandel der Einstellungen von Vätern

Inwiefern beeinflussen die unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen die Einstellungen und das Verhalten von Vätern? Für ausgewählte europäische Länder gibt Tabelle 1 zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Einstellungsmuster von Vätern anhand zweier ausgewählter Indikatoren: der Zustimmung zu einem Modell der klassischen innerfamilialen Arbeitsteilung sowie zu der Notwendigkeit eines umfassenderen Engagements von Männern im Bereich von Hausarbeit und Kinderbetreuung. Die Ablehnung eines klassischen „Ernährermodells“ sowie die Einsicht von Vätern in die Notwendigkeit eines stärkeren Familienengagements können dabei als Grundlage eines Verhaltenswandels hin zu einer partnerschaftlicheren Verteilung von Haushaltsaufgaben angesehen werden. Väter werden im Folgenden definiert als verheiratete oder mit festem Partner zusammenlebende Männer im Alter von 18-55 Jahren mit minderjährigen Kindern im Haushalt. Eine solche Operationalisierung lässt sich jedoch nur für die Erhebungsjahre 1988 und 2002 realisieren. Um einen weiteren Vergleich im Zeitverlauf vornehmen zu können, werden ergänzend auch die entsprechenden Zustimmungswerte aus der Umfrage des Jahres 1994 für in Partnerschaft lebende Männer derselben Altersgruppe (allerdings unabhängig von der Kinderzahl) wiedergegeben.

Betrachtet man zunächst die Zustimmung zum klassischen Ernährermodell, so ist in allen untersuchten Ländern eine wachsende Abkehr der Ehemänner bzw. Väter von einem traditionellen Rollenmodell zu beobachten: In den meisten Ländern favorisiert 2002 weniger als die Hälfte eine solche Konstellation. Am deutlichsten fällt die Ablehnung erwartungsgemäß in den skandinavischen Staaten aus, in denen maximal etwa ein Zehntel aller Befragten eine derartige

Tabelle 1: Familienbezogene Einstellungen von Vätern* (in %)

	Zustimmung zum klassischen Ernährermodell ¹			Mehr Beteiligung der Männer an.....	
	1988	1994	2002	Hausarbeit ²	Kinderbetreuung ³
Nordeuropa					
Dänemark			6	55	56
Finnland			10	61	69
Norwegen		11	7	57	61
Schweden		9	5	60	59
Angelsächsisch					
Großbritannien	22	20	15	51	57
Nordirland		13	16	55	63
Mitteleuropa					
Belgien			15	41	46
Deutschland (alte Bundesländer)	45	31	20	51	69
Frankreich			14	73	79
Niederlande	24	16	10	43	46
Österreich	56	41	34	39	51
Schweiz			23	69	75
Südeuropa					
Portugal			23	79	78
Spanien		34	16	86	89
Post-Sozialistisch					
Polen		70	44	47	62
Slowakei			48	35	48
Tschechische Rep.		52	57	47	60
Ungarn		67	38	47	61
Deutschland (neue Bundesländer)		7	12	44	60

* Die Angaben für 1988 und 2002 beziehen sich auf Haushalte, in denen Männer zwischen 18-55 Jahren mit festem Partner und minderjährigen Kindern zusammenleben; die Angaben für 1994 beziehen sich auf in Partnerschaft lebende Männer der selben Altersgruppe.

¹ „Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen, die der Frau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern“. „Männer sollten einen größeren Anteil an Hausarbeiten², an der Kinderbetreuung³ übernehmen, als Sie es jetzt tun“. Antwortkategorien: „Stimme voll und ganz zu“, „stimme zu“, „weder noch“, „stimme nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“. Dargestellt sind jeweils die Anteile: „Stimme voll und ganz zu“, „stimme zu“.

Datenbasis: International Social Survey Programme (ISSP) 1988, 1994, 2002

Form der Arbeitsteilung unterstützt. Die lange Tradition beiderseitiger Erwerbstätigkeit und eine an einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung ausgerichtete Familienpolitik haben offenbar dazu beigetragen, dass sich in den skandinavischen Ländern moderne familiäre Leitbilder für Väter etabliert haben. Väter in Großbritannien weisen nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2002 ähnlich niedrige Zustimmungswerte zur klassischen Arbeitsteilung auf.

In den osteuropäischen Ländern findet eine klassische innerfamiliale Arbeitsteilung hingegen mit Zustimmungswerten von 40-60% einen deutlich stärkeren Zuspruch: Diese hohe Zustimmung – die sich in ähnlicher Weise auch für osteuropäische Frauen nachweisen lässt (vgl. Hofäcker/Lück 2004) – zeigt, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter offenbar nicht automatisch eine Liberalisierung von Geschlechterrollen mit sich bringt. Der ideologische Zwangscharakter beiderseitiger Erwerbstätigkeit scheint in den osteuropäischen Staaten eher zu einer Konservierung

klassischer Arbeitsteilungsmuster als ‚privates Gegenmodell‘ beigetragen zu haben. Darüber hinaus wird unter Umständen auch die hohe zeitliche Belastung beider Ehepartner durch Haushalts- und Erwerbsarbeit (siehe unten) als Beeinträchtigung der Familie wahrgenommen und entsprechend ein asymmetrisches Familienmodell mit klarer Rollentrennung stärker favorisiert. Im Zeitverlauf ist jedoch auch hier eine Abnahme der Befürwortung einer derartigen Rollenverteilung im Haushalt zu beobachten.

Väter in den mitteleuropäischen Ländern nehmen nach einem deutlichen Rückgang der Zustimmung zum Ernährermodell eine mittlere Position zwischen den skandinavischen und osteuropäischen Staaten ein, wobei insbesondere in den stärker an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf orientierten Ländern (Frankreich, Belgien, Niederlande) die Befürwortung einer traditionellen innerfamilialen Arbeitsteilung zur Jahrtausendwende gering ausfällt. Ein deutlicher Rückgang der Zustimmung ist in den

vergangenen Jahrzehnten aber auch für Väter bzw. Männer in Österreich, der Schweiz und Westdeutschland sowie den südeuropäischen Ländern festzustellen. Im Zuge dieses Einstellungswandels nähern sich die westdeutschen Antwortmuster schrittweise denjenigen von Männern in den neuen Bundesländern an, die bereits Mitte der 90er Jahre ein klassisches Ernährermodell umfassend ablehnten.

Die Mehrheit der Väter lehnt jedoch ein klassisches Rollenmodell keineswegs nur ‚abstrakt‘ ab, sondern sieht ebenso die Notwendigkeit einer größeren Eigenbeteiligung an Haushalts- und Erziehungsarbeit. In fast allen untersuchten Ländern sind mindestens 40-50% aller Väter der Ansicht, dass Männer sich mehr in Erziehung und Haushaltsarbeit engagieren sollten. Während meist mehr als die Hälfte der Befragten einer stärkeren Beteiligung von Männern bei der Betreuung der Kinder zustimmt, fällt die Forderung nach mehr Beteiligung an Haushaltsaufgaben etwas reservierter aus; allerdings sehen auch hier oft mehr als 40% aller Väter ein stärkeres Engagement als wünschenswert an.

Deutliches Gefälle im Zeitaufwand für Hausarbeit

Die Ergebnisse zum Einstellungswandel zeigen, dass die Akzeptanz einer partnerschaftlichen Form der Arbeitsteilung im Haushalt, wenngleich mit bedeutsamen Länderunterschieden, bei Vätern deutlich zugenommen hat. Schlägt sich dieser positive Einstellungstrend jedoch auch in ihrem Alltagsverhalten nieder? Der Vergleich des durchschnittlichen wöchentlichen Zeitaufwandes für Haushaltstätigkeiten ergibt für 2002 neben deutlichen internationalen Differenzen, dass Väter in allen untersuchten Ländern deutlich weniger Zeit in Haushaltstätigkeiten investieren als ihre Partnerinnen.² Mit Ausnahme der osteuropäischen Staaten und Spanien tragen sie durchschnittlich weniger als 10 Wochenstunden zur Haushaltsarbeit bei. Das Ausmaß der Ungleichheit in der Zeitverwendung von Männern und Frauen ist in den am Ernährer- bzw. Zuverdienermodell ausgerichteten Ländern Mitteleuropas (Westdeutschland, Österreich, Schweiz) sowie den südeuropäischen Ländern mit einem Verhältnis von etwa 1:3 erwartungsgemäß am ausgeprägtesten, während es in den familienpolitisch engagierteren Benelux-Staaten sowie Frankreich und Ostdeutschland mit einem Verhältnis von etwa 1:2,5 etwas günstiger ausfällt. In den nordeuropäischen und angelsächsischen Staaten ist der Zeitaufwand von Müttern für Haushaltsarbeiten zwar „nur“ etwa doppelt so hoch wie derjenige von Vätern, allerdings lässt sich in beiden Ländergruppen der geringere Geschlechterunterschied eher auf die zeitliche Entlastung der Partnerinnen durch die Externalisierung von Haushaltsaufgaben als auf ein umfassenderes Engagement von Vätern zurückführen, das bei fünf bis acht Wochenstunden verbleibt. In den osteuropäischen Ländern fällt die relative Verteilung der Hausarbeit zwischen den Geschlechtern ähnlich aus. Hier sind jedoch beide Ehepartner mit hoher Stundenzahl in Haushaltstätigkeiten involviert, so dass es

bei beiderseitiger (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit zu einer zeitlichen Doppelbelastung durch Erwerbs- und Haushaltsarbeit kommen kann, die dann bei Müttern noch deutlicher ausfällt als bei den Vätern.

Klare Polarisierung in der Verteilung von Haushaltsaufgaben

Tabelle 2 ergänzt die quantitative Betrachtung der Beteiligung von Vätern an der Hausarbeit um die Frage, welche konkreten Haushaltsaufgaben Väter und Mütter in ihren Familien übernehmen. Mittels einer kategorialen Fragestellung wurden die befragten Väter gebeten anzugeben, inwiefern sie oder ihre Partnerinnen bestimmte Haushaltsaufgaben mehrheitlich übernehmen bzw. diese untereinander aufteilen.

Die Ergebnisse für die Erhebung des Jahres 2002 zeigen, dass die quantitative Differenz im Zeitaufwand von Müttern und Vätern ihre Entsprechung in einer qualitativen Differenz, d.h. der geschlechtsspezifischen Übernahme bestimmter Haushaltstätigkeiten, findet. Weniger als ein Zehntel aller Väter übernimmt mehrheitlich Reinigungsaufgaben; immerhin ein Drittel führt diese Tätigkeiten gemeinsam mit der Partnerin durch. Haushaltsexterne Aufgaben (etwa das Erledigen von Einkäufen) oder die Versorgung kranker Familienmitglieder werden ebenfalls kaum ausschließlich von Vätern übernommen, allerdings werden diese Aufgaben stärker zwischen den Ehepartnern aufgeteilt. Dennoch übernehmen auch hier in 30-50% der Fälle die Partnerinnen allein diese Aufgaben. Über zwei Drittel aller handwerklichen Haushaltsreparaturen werden hingegen von Vätern durchgeführt. Während Mütter also mehrheitlich für direkt im Haushalt anfallende alltägliche Reinigungs-, Versorgungs- und Pflegetätigkeiten verantwortlich sind, engagieren sich Väter stärker bei außerhäuslichen oder unregelmäßigen (Reparatur-)Tätigkeiten.

Im internationalen Vergleich zeigen sich interessanterweise nur geringe Länderunterschiede in den geschlechtsspezifischen Tätigkeitsmustern, die die grundsätzliche Asymmetrie der Arbeitsteilung im Haushalt jedoch nicht in Frage stellen. Selbst in den familienpolitisch umfassend engagierten skandinavischen Ländern existiert nach wie vor eine klare Trennung zwischen ‚typisch weiblichen‘ und ‚typisch männlichen‘ Haushaltsaufgaben, die sich von derjenigen in anderen Ländern nur geringfügig unterscheidet.

Bedingungen einer zukünftigen Angleichung von Geschlechterrollen

Auf Basis der vorangegangenen Analysen muss somit ein relativierendes Fazit zur Entwicklung ‚neuer Väter‘ gezogen werden. Zwar zeigt sich auf der Einstellungsebene, dass egalitäre Geschlechterrollen an Bedeutung gewinnen und dass das Leitbild eines in Familie und Hausarbeit engagierten Vaters in modernen Gesellschaften immer stärker begrüßt wird. Dennoch ist auf der Verhaltensebene eine

bemerkenswerte Persistenz traditioneller Familienrollen zu beobachten, die sich sowohl im geringeren zeitlichen Aufwand von Vätern für Hausarbeit als auch in der geschlechtsspezifischen Aufteilung von Haushaltsaufgaben niederschlägt. Die in der deutschen Forschung zur Hausarbeitsbeteiligung von Vätern vielfach diagnostizierte „verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“ bestätigt sich somit auch im internationalen Vergleich. Selbst in den am Zweiverdienermodell orientierten skandinavischen Ländern, die familienpolitisch eine egalitäre Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern fördern, verbleibt das familiäre Engagement von Vätern trotz ausgesprochen positiver Einstellungstrends deutlich unter dem der Partnerinnen, und die innerfamiliäre Verteilung von Haushaltsaufgaben erfolgt eher traditionell.³ Diese Diskrepanz von Einstellungs- und Verhaltensebene bestätigt sich sogar dann, wenn man zusätzlich zu den institutionellen Rahmenbedingungen auch das familiäre Umfeld von Vätern bzw. das von ihnen selbst praktizierte Familienmodell in die Betrachtung mit einbezieht (vgl. Hofäcker 2006b: 128ff.). Zwar erweisen sich in allen Ländergruppen höher gebildete Väter in städtischen Räumen, die selber ein Zweiverdienermodell praktizieren, einem partnerschaftlichen Arbeitsteilungsmodell gegenüber als aufgeschlossener. Doch selbst in den (wenigen) Familien, in denen die Ehefrau in umfassenderem Maße erwerbstätig ist bzw. ein höheres Einkommen aufweist als ihr Ehemann, verbleibt die tatsächliche Hausarbeitsbeteiligung von Männern zumeist unter der der Partnerin.

Wodurch lässt sich diese Diskrepanz zwischen Einstellungs- und Verhaltensebene und die nur bedingte Effizienz familienpolitischer Maßnahmen für das Verhalten von Vätern erklären? Zum einen lässt sich das traditionelle Verhalten von Vätern sicherlich auf das – zum Teil unbewusste – ‚Nachleben‘ kulturell etablierter Geschlechterrollen („doing gender“) zurückführen. Für viele Familien ist es aber auch aufgrund von bestehenden Lohnungleichheiten zwischen Frauen und Männern nach wie vor ökonomisch rational, dass im Falle der Geburt die Mutter ihre Erwerbstätigkeit reduziert bzw. aufgibt. Väter bleiben hingegen oft in hoher Stundenzahl erwerbstätig, was wiederum ihre zeitlichen Ressourcen für die Erledigung von Haushaltstätigkeiten beschränkt. Im privaten und beruflichen Umfeld sehen sich ‚neue Väter‘ darüber hinaus vielfach noch Stigmatisierungen als ‚Abweichler‘ ausgesetzt (vgl. Hofäcker 2006b).

Eine an der Förderung einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung orientierte Politik sollte daher das Ziel einer zunehmenden Angleichung der Arbeitsmarkt- und Einkommenschancen von Männern und Frauen explizit verfolgen. Auch auf betrieblicher Ebene muss sichergestellt sein, dass Arbeitszeitreduzierungen oder Erwerbsunterbrechungen von Vätern sich nicht nachteilig auf deren Karriereverlauf oder Verdienstmöglichkeiten auswirken. Familienfreundliche Maßnahmen im Betrieb, etwa durch betriebliche Kinderbetreuung oder das Angebot

Tabelle 2: Arbeitsaufteilung im Haushalt von Familien* (in %), 2002

	Betreuung kranker Familienmitglieder ¹		Kleine Reparaturen ²		Lebensmittel einkaufen ³		Wohnung/Haus putzen ⁴		Essen kochen ⁵	
	Mann	Mann + Frau	Mann	Mann + Frau	Mann	Mann + Frau	Mann	Mann + Frau	Mann	Mann + Frau
Nordeuropa										
Dänemark	3	55	85	12	18	38	4	40	15	25
Finnland	3	52	89	8	14	57	4	43	11	43
Norwegen	3	59	88	9	13	49	1	33	10	36
Schweden	4	63	85	10	11	55	6	40	12	34
Angelsächsisch										
Großbritannien	5	46	84	12	9	41	5	27	8	35
Nordirland	6	51	78	10	5	36	11	22	7	25
Mitteleuropa										
Belgien	2	49	85	9	10	41	4	23	10	30
Deutschland (alte Bundesländer)	1	45	87	11	8	38	4	18	8	16
Frankreich	2	57	83	13	9	58	3	35	13	32
Niederlande	3	36	87	11	10	25	3	20	10	25
Österreich	5	44	83	7	9	58	5	28	8	22
Schweiz	12	36	88	8	11	39	6	28	9	24
Südeuropa										
Portugal	5	57	81	6	4	51	7	22	10	18
Spanien	4	54	72	14	9	47	3	33	8	25
Post-Sozialistisch										
Polen	2	54	90	3	9	40	5	32	1	19
Slowakei	6	48	84	9	11	53	7	32	7	22
Tschechische Rep.	2	40	87	11	6	42	1	28	3	24
Ungarn	2	50	88	7	7	51	3	39	3	18
Deutschland (neue Bundesländer)	0	43	92	6	8	51	0	30	8	22

* Die Angaben beziehen sich auf Haushalte, in denen Männer zwischen 18-55 Jahren mit festem Partner und minderjährigen Kindern zusammenleben. Fragestellung: „Wer macht die folgenden Dinge in ihrem Haushalt? ¹Betreuung kranker Familienmitglieder, ²Kleine Reparaturen im Haushalt/in der Wohnung, ³Lebensmittel einkaufen, ⁴Wohnung/Haus putzen, ⁵Essen kochen“. Antwortvorgaben: „immer ich“ oder „meistens ich“ (zusammengefasst: Mann), „etwa zur Hälfte“ oder „beides gemeinsam“ (zusammengefasst: Mann + Frau); nicht aufgeführt: „meistens/immer mein (Ehe-) Partner“, „wird von anderer Person gemacht“.

Datenbasis: ISSP 2002

flexibler Arbeitszeiten können Vätern zudem die Balance zwischen Erwerbs- und Familienarbeit erleichtern. Es bedarf einer Kombination familienpolitischer, arbeitsmarktpolitischer und betrieblicher Maßnahmen, um Väter in ihrer offenbar vorhandenen Bereitschaft zur Übernahme größerer familialer Verantwortung zu unterstützen.

- 1 Dieser Beitrag stellt eine gekürzte und überarbeitete Fassung einer Expertise für den ‚Familienreport Bayern 2006‘ des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg dar (Hofäcker 2006b).
- 2 Die Angaben zum Zeitaufwand für Hausarbeit basieren auf Auswertungen des ISSP 2002. Es handelt sich um Angaben von erwerbstätigen Vätern. Da durch die Individualbefragung keine direkte Gegenüberstellung der Angaben von Vätern mit denen der jeweiligen Ehefrau/Partnerin möglich ist, wurde auf die Einschätzung der Haushaltsarbeit beider Ehepartner durch die befragten Männer selbst zurückgegriffen.
- 3 Zwar erlauben die Untersuchungen anhand des ISSP nur eine Analyse der innerfamiliären Aufteilung von Haushaltsarbeit; andere

Untersuchungen weisen jedoch ein ähnliches quantitatives und qualitatives Gefälle auch für den Bereich der Kinderbetreuung nach (vgl. z.B. Eurostat 2004).

Eurostat, 2004: How Europeans spend their time: Everyday life of men and women. Data 1998-2002. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

Hofäcker, Dirk, 2006a: Women's employment in times of globalization: a comparative overview. S. 32-58 in: Hans-Peter Blossfeld, Heather Hofmeister (Hg.), Globalization, Uncertainty and Women's Careers. An International Comparison. Cheltenham et al.: Edward Elgar.

Hofäcker, Dirk, 2006b: Väter im internationalen Vergleich. S. 107-139 in: Harald Rost, Tanja Mühling (Hg.), ifb-Familienreport Bayern 2006: Zur Lage der Familie in Bayern. Bamberg: ifb.

Hofäcker, Dirk, Lück, Detlev, 2004: Angleichung nationaler Einstellungsmuster in Richtung eines liberaleren Rollenmodells? Einstellungen von Frauen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im internatio-

nen Vergleich. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 32: 12-15.

Leitner, Sigrid, Ostner, Ilona, Schratzenstaller, Margit (Hg.), 2004: Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Lewis, Jane, 2004: Auf dem Weg zur Zwei-Erwerbstätigen-Familie. S. 62-84 in: Sigrid Leitner, Ilona Ostner, Margit Schratzenstaller (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Maier, Friederike, 1997: Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in der Europäischen Union. Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 52: 15-27.

■ **Dirk Hofäcker,**
Staatsinstitut für Familienforschung
an der Universität Bamberg
Tel.: 0951 / 96525-17
dirk.hofaecker@sowi.uni-bamberg.de

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
<http://www.gesis.org/sozialindikatoren>

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Jörg Dittmann, Dr. Angelika Scheuer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastruktur-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Subjektives Wohlbefinden und subjektive Indikatoren der Lebensqualität: Befunde, Daten und Methoden – Eine vorläufige Bilanz Internationale Tagung der Sektion Soziale Indikatoren in der DGS 5.-6. Juli 2007, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung – Call for Papers –

Die Diskussion über das subjektive Wohlbefinden als Komponente von Wohlfahrt und Lebensqualität und die Verwendung von ‚objektiven‘ und / oder ‚subjektiven‘ Indikatoren für ihre Messung durchzieht die Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung seit ihren Anfängen. Inzwischen besteht jedoch nicht nur ein breiter Konsens darüber, dass das subjektive Wohlbefinden zu den konstitutiven Elementen eines „guten Lebens“ gehört, sondern wir blicken auch auf mehrere Jahrzehnte interdisziplinärer Forschung zu diesen Fragen zurück, die neuerdings auch über die engere fachwissenschaftliche Diskussion hinaus auf großes Interesse stößt. Zeit also für eine vorläufige Bilanz!

Was wissen wir heute zu Fragen des subjektiven Wohlbefindens und der subjektiven Lebensqualität? Welche Datengrundlagen, Indikatoren und Methoden stehen zur Verfügung und haben sich mehr oder weniger bewährt? Wo gibt es Unzulänglichkeiten, Defizite und zusätzlichen Forschungsbedarf? Das sind einige der Fragen, mit denen sich diese internationale Tagung beschäftigen wird.

Die Sektion Soziale Indikatoren lädt ihre Mitglieder und alle anderen Interessenten/innen zu dieser Veranstaltung ein. Die Konferenzsprache ist deutsch, aber es sind auch Beiträge in englischer Sprache möglich und erwünscht. Ein ausführlicherer Call for Papers findet sich auf der folgenden website:

www.gesis.org/Sozialindikatoren/Veranstaltungen/Programme/Jahrestagung_2007.htm

Vortragsangebote erbitten wir spätestens bis zum 15. April 2007 in Form eines ca. 1-seitigen Abstracts an Dr. Heinz-Herbert Noll (noll@zuma-mannheim.de) ZUMA, Dr. Roland Habich (rhabich@wz-berlin.de) WZB und Prof. Dr. Jürgen Schupp (jschupp@diw.de) DIW.

Anmeldungen zur Teilnahme richten Sie bitte bis zum 1. Juni 2007 an sozialindikatoren@zuma-mannheim.de und/oder christa@wzb.eu

8th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies: „From Quality of Life Concepts to Quality of Life Performance Measures“ 6.-9. Dezember 2007, San Diego, USA – Call for Papers –

Die achte Konferenz der International Society for Quality-of-Life Studies (ISQOLS) wird Ende dieses Jahres unter dem Thema „From Quality of Life Concepts to Quality of Life Performance Measures“ in San Diego stattfinden. Konferenzort ist das San Diego Marriott Mission Valley Hotel.

Die internationale Konferenz bietet eine Plattform für verschiedene Wissenschaftsdisziplinen zur Präsentation und Diskussion von Beiträgen aus dem Bereich der Lebensqualitätsforschung. Neben Plenarveranstaltungen werden auch spezielle Tracks/Sessions zu einer Vielzahl von spezifischen thematischen Bereichen und Fragestellungen dieses breiten Forschungsgebietes angeboten.

Vortragsangebote sollen bis zum 15. April 2007 an das Konferenzsekretariat (isqols@vt.edu) sowie die jeweiligen Track-/Session-Chairs eingereicht werden. Eine Serie von Sessions zum Themenbereich „Quality of Life in Europe“ wird von W. Glatzer (Universität Frankfurt) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA) organisiert.

Detaillierte Informationen zu dieser Konferenz – einschließlich eines ausführlichen Call for Papers mit einer Liste sämtlicher Tracks/Sessions und Track-/Session-chairs – findet sich auf der ISQOLS-website: www.isqols.org